

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittig in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 41

Sonntag, den 13. Oktober

1912

Regierung und Notstand.

Ein Tropfen auf den heißen Stein — anders sind die Maßnahmen der Regierung gegen die Fleischsteuerung nicht zu bemerken. Soviel Worte die umfangreiche amtliche Mitteilung enthält, soviel Halbwahrheiten. Schlimmer noch — denn mit ausgesuchten Winkeln wird das, was gewährt werden soll, erschwert. In der Praxis wird die Bureaucratie den Maßnahmen Hindernisse bereiten. Einzelnes in den Anordnungen wirkt wie blutiger Spahn auf die Not des Volkes, z. B. die gnädige Erlaubnis, daß unter gleichen Bedingungen die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden im Wege besonderer Genehmigung in hierzu geeignete Schlachthöfe großer Städte unter den für die Einfuhr von Schlachtvieh aus Oesterreich geltenden veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln und Bedingungen gestattet werden.

Wie weit ist das entfernt von der Forderung, die Grenzen zu öffnen für die Einfuhr von Schlachtvieh. Dazu kommt noch, daß die verkaufsfertige Bestimmung für die Niederlande gegeben ist, die nur in geringem Maße Schlachtrinder nach Deutschland liefern können. Wozu die Einschränkung und der Wortschwall, wenn die Einfuhr von lieferungsfähigen Staaten, speziell aus Argentinien, unter strenger Beobachtung „veterinärärztlicher Vorsichtsmaßregeln“ ohne den Schaden der Seuchengefahr erfolgen kann?

Das Volk müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn es aus solchen Maßnahmen nicht erkennen könnte, daß sie nur im Interesse der Agrarier getroffen wurden, daß die Fleisch- und Viehkonzurrenz des Auslandes durch die Grenzschließung und außerordentlich erschwerte Einfuhr abgewendet werden soll. Der agrarischen Gähler ist aber schon das formelle Zugeständnis der Fleischnot durch diese amtliche Ankündigung zu viel, sie schäumt vor Wut auf und schreit über Benachteiligung der Landwirtschaft zugunsten der Industrie. Seit Jahrzehnten hört man diesen Schwindel immer wiederholen, aber es ist eben eine Schwindelerei geblieben.

In Regierungskreisen weiß man freilich, was das Geschrei zu bedeuten hat, nämlich, daß je lauter es ertönt, um so eher das letzte Stündlein des Reichskanzlers geschlagen hat. Nun steckt freilich hinter diesem Geschrei eine große Unehrlichkeit, denn die privilegierte Stellung der Agrarier wird durch die kleinen und kleinsten Mittel gegen die Fleischnot nicht erschüttert, aber es wäre auch wirklich kein Verlust für das werktätige Volk, wenn der jetzige Reichskanzler über Bord ginge. Bisher hat noch keiner seiner Vorgänger der herrschenden Reaktion so den Steigbügel gehalten, wie er. Von ihm hätte man sich noch ganz anderer Dinge zu versehen, wenn nicht die politische Entwicklung im Reiche eine Macht geschaffen hätte, die auch mit den gewalttätigsten Mitteln nicht zu zerschmettern ist, die vielmehr als die treibende Kraft den Repräsentanten der Reaktion, den Reichskanzler gezwungen hat, von seinem alten Ablehnungsstandpunkt abzugehen und formell die Leuerung anzuerkennen. Diese Macht ist die Sozialdemokratie. Ignoriert auch der Reichskanzler ihre Forderung nach Einberufung des Reichstages, so muß er doch den Reichstag mit den übrigen Forderungen beschäftigen, weil der Gesetzentwurf an den Bundesrat die Einberufung bald notwendig macht, der den Vieh und Fleisch aus dem Ausland beziehenden Gemeinden vom 1. Oktober 1912 bis zum 31. März 1914 den Eingangszoll zum Teil erstattet. Darüber wird allerdings im Reichstage ein lehrhaftes Wort geredet werden.

Die Hauptaufgabe zur Bekämpfung der Fleischsteuerung weist aber dieselbe Regierung, die sie durch Wucherzölle, Grenzsperrre usw. heraufbeschworen hat, den Gemeinden in die Hand nehmen. Kann sie das, dann soll die Einfuhr von — Vieh? Bewahre! — frischem Rindfleisch aus Rußland, Serbien, Rumänien und Bulgarien unter besonderer Genehmigung zugelassen werden. So verleiht die Regierung die Verantwortung für die von ihr selbst verschuldeten Zustände auf die Gemeinden abzuschieben. Das wird ihr aber nichts helfen. Der Reichstag kommt, wenn auch spät, doch zusammen. Dann wird mit den Volksbedrückern und Volksausbeutern Abrechnung gehalten. Dazu können die unter der Leuerung leidenden Volksmassen energisch beitragen, wenn sie immer stärker gegen die agrarischen Ursachen der Leuerung mit aller Kraft vorgehen und gegen die Zollwucherer immer lebhafter protestieren.

Was die Erleichterung der Fleischzufuhr aus den Zolltarifstaaten anlangt, so ist sie bei den gegenwärtigen Wirren auf dem Balkan vollständig „für die Katz“. Und auch Rußland kann bei der jetzt bestehenden wirtschaftlichen Misere in vielen seiner Gouvernements keine stärkere Fleischzufuhr nach Deutschland unternehmen. Nur die lieferungsfähigen amerikanischen Staaten, besonders

Argentinien, könnten ernstlich für stärkere Fleischversorgung Deutschlands in Betracht kommen. Aber das verhindert der § 12 des Fleischbeschgesetzes, an den die Regierung im Interesse der Agrarier nicht tippen lassen will.

Daher ist immer lauter die Forderung nach Einberufung des Reichstags an die Regierung zu stellen. Der Winter rückt heran, die Not steigt, ha ist schnelle Hilfe nötig. Das gesamte wirtschaftliche Leben muß einen schweren Rückschlag erleiden, wenn nicht bald helfend eingegriffen wird. Die kümmerlichen Maßnahmen und Beschlüsse der preussischen Regierung lauten folgendermaßen:

Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, gegen die herrschende Fleischsteuerung vorübergehend folgende Erleichterungen der Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande einzutreten zu lassen:

1. Für große Städte, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise gungser Landestheile maßgebend sind, soll die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus dem europäischen Rußland und von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien im Wege besonderer Genehmigung zugelassen werden, wenn das Fleisch zu einem unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten, möglichst niedrigeren Preise an die Verbraucher verkauft wird. Die Beförderung des Fleisches bis zum Bestimmungsorte muß in plombierten Wägen erfolgen.

2. Unter den gleichen Bedingungen soll die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland im Wege besonderer Genehmigung in einzelnen größeren Städten des Ostens, bei denen für eine berartige Versorgung ein besonderes Bedürfnis besteht, gestattet werden.

3. Unter den gleichen Bedingungen soll ferner die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden im Wege besonderer Genehmigung in hierzu geeignete öffentliche Schlachthöfe großer Städte unter den für die Einfuhr von Schlachtvieh aus Oesterreich-Ungarn geltenden veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln und Bedingungen gestattet werden.

Die besondern Genehmigungen (1 bis 3) sollen unbeschadet der bestehenden allgemeinen Einfuhrverbote erteilt werden.

4. Das Verbot der Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien wird aufgehoben werden.

5. Endlich ist für den Fall des Bedürfnisses eine vorübergehende Erhöhung des für das oberirdische Industriegebiet bestimmten Kontingents russischer Schlachtschweine in Aussicht genommen.

Ferner sind auf dem Gebiete der Eisenbahntarife preiswürdigerseits folgende Maßnahmen in Aussicht genommen:

1. Der mit Ende dieses Jahres ablaufende Ausnahmetarif für frisches Fleisch, der gegenüber den normalen Tariffätzen wesentliche Ermäßigungen enthält, wird auf ein weiteres Jahr verlängert und noch weiter verbilligt. Von den so ermäßigten Tariffätzen wird außerdem ein weiterer Frachtnachlaß von 20 pZt. gewährt:

a) zugunsten von Gemeinden und Organisationen, die die Sendungen in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit an Verbraucher oder an Fleischer zum Verkauf zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen abgeben,

b) zugunsten gewerblicher Unternehmer, die die Sendungen zu oder unter den Selbstkosten an eigene Angestellte oder zwecks Verkauf an eigene Angestellte zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen an Fleischer abgeben.

2. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Nachlaß, und zwar von 30 pZt. von den Frachttätzen für lebendes Vieh gewährt.

Soweit gestorenes Fleisch zur Einfuhr zugelassen ist, gelten die Ermäßigungen des Eisenbahntarifs auch für gestorenes Fleisch.

3. Die Vergünstigungen, die zugunsten von Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen beim Bezug von Seefischen bestehen (Frachtnachlaß von 20 pZt.), bleiben auch für das Jahr 1913 in Kraft.

4. Die Tarife für Futtergerste und Mais werden unter der Bedingung, daß die Frachtermäßigung dem Viehhalter zugute kommt, bis Ende September 1913 auf den Spezialtarif III zurückgeführt, was eine Frachtermäßigung um fast die Hälfte bedeutet.

Ein gleiches Vorgehen ist bei den übrigen Staatseisenbahnverwaltungen angesetzt worden.

Endlich ist, um die Mitwirkung der Gemeinden an der Fleischversorgung zu fördern, dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt worden, der den Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gestorenes Fleisch von Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nummer 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erstatten, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 M der Zollsatz von 18 M für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird.

Badens Millionäre und Arbeiter.

Mit der Industrialisierung schreitet das Wachstum kapitalistischer Macht rasch vorwärts. Die Zahl der Industriearbeiter schwillt natürlich ebenfalls von Jahr zu Jahr und es gibt keine Gewalt, die diesen Entwicklungsprozess aufhalten könnte. Es fällt auch den Machthabern der bürgerlichen Gesellschaft gar nicht ein, diesen Prozess aufzuhalten. Sammeln die Großgrundbesitzer, daß ihnen die Industrie die landwirtschaftlichen Arbeiter fortziehe, so müssen sie gleichwohl selbst der großkapitalistischen Tendenz folgen und die Bearbeitung des Grund und Bodens mit Hilfe von Maschinen betreiben, weil das immerhin noch billiger ist, als mit der billigsten Landarbeiterkraft. In der Molkerei, in der Viehfütterung und -Behandlung, kurz, in allen notwendigen Vereinigungen bringt die materielle Kraft dank genialer Erfindungen immer weiter vorwärts, so daß menschliche Arbeitskraft weniger beansprucht wird.

Wenn daher die Agrarier, die allerdings Landarbeiter viel mehr schänden, wie „das liebe Vieh“, vom Staate Zwangsgerichte verlangen zur Festhaltung des „Gefindes“, und über Abwanderung der Landarbeiter nach den In-

dustrieorten klagen, so ist das nicht nur durch schlechte Behandlung und Entlohnung der Arbeiter selbstverschuldet, sondern ihre Forderung ist auch höchst rückständig. Sie selbst betreiben kapitalistische Wirtschaft, verstehen jedoch den Gang der kapitalistischen Entwicklung nicht. Wie ihre Klassengenossen der Industrie wollen sie wohl die Arbeiter ausnützen, verstehen sich aber nicht auf die raffiniertere Art, wie das von den Industriebaronen geschieht, sondern halten an der patriarchalisch-brutalen Methode fest.

Indes, welche Fortschritte die Landwirtschaft auch machen möge, in der Profitmacherei sind die industriellen Ausbeuter den agrarischen weit voraus, was natürlich den Neid der letzteren erregt. Schwindelhaft sind die Gewinne in der großindustriellen Wirtschaft, die mit jedem Jahre höher steigen und die Zahl der Millionäre schnell vermehren. Hier der Reichtum, drüben die Not derer, die den Reichtum schaffen, die Arbeiter. Dieser Gegensatz bildet sich in der bürgerlichen Gesellschaft immer schärfer heraus, die Millionäre mit Hilfe gesetzlicher Schutzes der Ausbeutung „züchtet“.

Wie rasch das vor sich geht, darüber gibt eine scheinbar sehr harmlose Notiz über diese Entwicklung im Lande Baden Auskunft. Fast triumphierend wird gemeldet:

„Nach der neuesten Einkommensteuererklärung gibt es in Baden jetzt 1547 Millionäre; im vorigen Jahre waren es 1455, so daß ihre Zahl in einem einzigen Jahre um 92 gewachsen ist. Sogar Preußen mit seiner Geld- und Guldensarkofage im Westen und Osten ist damit prozentual überholt; denn seine Millionäre vermehrten sich von 1908 bis 1911 von 8355 auf 9349, also in drei Jahren „nur“ um 994, obwohl Preußen 40 Millionen und Baden nur 2 Millionen Einwohner zählt. Seit 1886 hat sich in Baden die Zahl der Einkommen-Millionäre glatt verdreifacht.“

Ob die Zahl der Millionäre in Wirklichkeit nicht noch größer ist, das ist sehr die Frage, denn die Steuererklärung deckt nicht alle versteuerbaren Reichtümer auf. Die Herren Millionäre verschweigen vielfach große Teile ihres Einkommens, weil sie steuerfrei sind. Die kapitalistische Raffgier erstreckt sich bis auf das Steuerzahlen, obgleich Vater Staat, der die Ausbeutung der armen Arbeiter garantiert und schützt, sogar die Ausbeuter bei der Steuerbemessung noch schützt. Es ist also mehr wie undankbar, den sorglosen Vater Staat, den Züchter von Millionären, noch zu betrügen, es ist unpatriotisch im schlimmsten Sinne.

Die schnelle Zunahme der Millionäre in Baden beruht auf der schnell vorwärts schreitenden Industrialisierung des Landes. Man denke nur daran, wie riesenhaft sich die Zigarrenindustrie in Baden ausgedehnt hat; sie ist eine von den Industrien, die dort die meisten Arbeiter beschäftigen. Es wäre ganz interessant, festzustellen, wieviel von den badischen Millionären ihre Millionen aus den Tabakarbeitern herausgeschmitten haben. Denn bekanntlich werden in der Zigarrenindustrie Badens die schandbar niedrigsten Löhne gezahlt. Wagen es jedoch die Arbeiter, Forderungen um Lohnzulage zu stellen, dann machen die großen Zigarrenindustriellen nicht bloß allerhand Klauen über Beschränkung der Konkurrenzfähigkeit, sie leugnen einfach die großen Profite, die ihnen die Schuldöhne einbringen.

Werden also die Tabakarbeiter sündhaft schlecht gelohnt, so sind jedoch auch in anderen Industrien die Löhne keineswegs glänzend, wie das ebenfalls in der badischen Einkommensteuerstatistik festgestellt wird. Gegenüber der Zunahme der Millionäre weist sie für das Jahr 1910 nicht weniger als 160 000 Personen auf, die ein Einkommen von unter 900 M haben, und 247 000 bringen es nicht auf 1500 M. Diese Ziffern bedecken für die Wissenden auf, woher die Millionäre kommen. Die armen Schlucker, die bei ihrem Einkommen nicht viel zu heißen haben und ein menschenunwürdiges Dasein führen, sind die Schöpfer der Millionen, die ihre „Arbeitgeber“ einheimen und versteuern oder auch nicht versteuern.

Ein Wunder ist es wahrlich nicht, wenn die Gegenseite, die, wie hier, die Einkommensteuerstatistik bloßlegt, aufzutreten auf die Arbeiter wirken. Der erste Gedanke ist bei der Vergleichung der Einkommen doch der: „Herrgott, da könnten uns doch unsere Fabrikherren einige lumpige Groschen Lohn zulegen; deswegen würden sie noch lange nichts von Not verspüren, während wir jahraus, jahreim mit Drangabe unserer Gesundheit und unseres Lebens mit bitterer Not zu kämpfen haben.“

Von diesem sentimentalen Wunsch bis zur Forderung ist dann nur ein Schritt. Klärt das Verständnis der wirtschaftlichen Verhältnisse die Ansichten der Arbeiter noch mehr, dann gebietet der erkenntnisvolle Wille den Kampf zur Durchsetzung der Forderung, falls sie abgewiesen wird. Der Klassenkampf, aus der Ausbeutung der Arbeiter geboren, nimmt dann die schärfste Form an. Und je mehr Arbeitern der scharfe Gegensatz zwischen Reichtum und Armut durch die Einkommenstatistik klar gemacht wird, um so mehr schließen sie sich zu bewußt geführtem Kampfe zusammen, die Organisierung vollzieht sich.

Wäge die Organisierung zahlreicher badischer Tabakarbeiter die Folge der Lehre sein, die aus der badischen Einkommensteuerstatistik zu ziehen ist. Dann werden höherer Löhne, wenn auch weniger Millionäre das Ergebnis sein. Der menschlichen Gesellschaft ist aber mit den Massen wohlgenährter Arbeiter unendlich mehr gegeben, als mit prässenden Millionären.

Die Reichstagswahlen von 1912.

Im jüngst erschienenen Heft der Statistik des Deutschen Reichs wird eine vergleichende Uebersicht über die Wahlen von 1907 und 1912 veröffentlicht. Die darin angegebene endgültigen Ziffern der Wahlen vom Januar 1912 weichen von den am 20. Januar im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Zahlen zum Teil nicht unwesentlich ab.

Von 14 441 436 Wahlberechtigten (1907: 13 352 880) haben sich 12 260 626 (11 303 537) an der Wahl beteiligt. Gültig waren davon 12 207 529 Stimmen. 1912 haben also 131 477 Wahlberechtigte mehr als 1907 an den Wahlen 1912 sich nicht beteiligt.

Von den 12 207 529 gültigen Stimmen haben die Konservativen, einschließlich 84 108 Stimmen des Bundes der Landwirte 1 126 270 Stimmen erhalten gegen 1 080 209 im Jahre 1907 (9,2 Prozent gegen 9,4 Prozent). Nach den amtlichen Wahlziffern vom Januar hatten die Konservativen 1 129 274 erhalten. Für die Reichspartei sind 367 156 Wähler eingetreten gegen 471 863 im Jahre 1907 (3 Prozent gegen 4,2 Prozent). Der Verlust beträgt rund 104 000 Stimmen. Nach den Ziffern im Januar hatte die Reichspartei 370 387 Stimmen erhalten.

Die Deutsche Reformpartei ist von 94 869 im Jahre 1907 auf 51 898 Stimmen zurückgegangen; die Wirtschaftliche Vereinigung von 343 120 Stimmen auf 304 557 (2,5 gegen 3,1 Prozent). Davon haben die Christlich-Sozialen 101 822, die Wirtschaftliche Vereinigung 96 346, die Deutschsozialen 47 391 und der Bund der Landwirte 58 998 erhalten.

Das Zentrum ist von 2 179 743 Stimmen auf 1 906 843 heruntergegangen (16,4 gegen 19,4 Prozent). Die Partei hat aber etwa 200 000 Wähler nach rechts abkommandiert. Nach den amtlichen Wahlziffern vom Januar sollte das Zentrum 2 035 290 Stimmen erhalten haben. Die Polen haben 441 644 gegen 453 858 im Jahre 1907 erhalten (3,6 gegen 4 Prozent).

Die Nationalliberalen haben bei den letzten Wahlen 1 662 670 Stimmen gegen 1 630 581 Stimmen im Jahre 1907 erhalten. (13,6 Prozent gegen 14,5 Prozent). Die Ziffern vom Januar hatten 10 000 Stimmen mehr betragen.

Die Fortschrittliche Volkspartei ist von 1 233 933 Stimmen im Jahre 1907 (Freiwillige Vereinigung, Volkspartei und Deutsche Volkspartei zusammengerechnet) auf 1 497 041 gestiegen (12,3 gegen 10,9 Prozent). Die 29 444 Stimmen der Demokratischen Vereinigung sind nicht mitgezählt. Die Fortschrittliche Volkspartei hat also um 263 108 Stimmen zugenommen. Die Januareziffern hatten der Fortschrittlichen Volkspartei 1 528 886 Stimmen angedreht.

Die Sozialdemokraten sind von 3 259 029 im Jahre 1907 auf 4 250 401 gestiegen (34,8 gegen 28,9 Prozent).

Die Elsaß-Lothringer haben 162 007 Stimmen erhalten (103 626), die Welfen 84 618 (78 232), die Dänen 17 289 (15 425), die Litauer 6227 (4221), der Deutsche Bauernbund 29 797, der Bayerische Bauernbund 48 219 Stimmen.

Unbestimmt sind 112 198 geblieben gegen 200 695 im Jahre 1907. Die Januareziffern haben nur 37 654 Wahlzettel als unbestimmt angenommen, wozu allerdings noch 48 638 Blätter kamen. Zersplittert sind 9492 gegen 8018 im Jahre 1907.

Rundschau.

Furchtbare Folgen der Feuertung. Das amtliche „Altenaer Kreisblatt“ veröffentlicht einen Artikel des Kreisarztes Dr. Thomalla, in dem ein geradezu erschreckendes Stenobild gezeigt wird. Dieser Arzt stellt nämlich fest, daß in den Volksschulen von Altena (Westf.) die Zahl der strophulösen Kinder seit einem Jahre verdoppelt hat. Sie liegt in diesem Zeitraum von 20 bis 40 Prozent auf 50 bis 85 Prozent! Ueber die Gründe führt Dr. Thomalla an:

„Hauptsächlich ist . . . die mangelhafte und unzureichende Ernährung hierfür verantwortlich zu machen, und somit indirekt die jegliche Verwertung aller Lebensmittel, besonders des Fleisches. Soweit man es von der größten Anzahl der Schulkinder erfahren kann, ist Reibölchen, Ketchup und Kaffee ihre Hauptnahrung. Erschreckend geradezu ist es, zu erfahren, wie wenig Fleisch gegessen wird. In den meisten Familien kommt nur Sonntag Fleisch auf den Tisch, in wenigen noch hier und da an Hochzeiten, und nur vereinzelt wurde angegeben, daß täglich Fleisch gegessen wird.“

Es ist sicher, daß es bei den heutigen abnormen Fleischpreisen den meisten Familien schwer fallen muß, täglich oder nur öfters in der Woche dieses wichtigste Nahrungsmittel zu beschaffen, trotzdem soll und muß es aber jeder einzelne ermöglichen, wenigstens seinen Kindern ausreichend Fleisch zuzuführen zu lassen. Man darf nicht vergessen, daß an den kindlichen Körper Wachstum, Entwicklung und auch die Schutz-Anforderungen stellen, die verhältnismäßig bei weitem größer sind, als die an den fertig entwickelten Erwachsenen heranzutreten. Aber auch bei der jetzt üblichen Ernährung der Schulkinder ist es, so wird unzweifelhaft die Strophulose, diese Vorläuferin der Tuberkulose, immer weiter aus sich greifen, die Zahl der lebensfähigen Kinder wird sich wehren, und alle diese unterentwickelten Körper werden den Abfällen der Witterung weiger Widerstand leisten können, werden den Gefahren der Übertragung von Infektionskrankheiten hilflos gegenüberstehen.“

Die Notwendigkeit neuer Steuern. Die Regierung will auf die Besitzsteuer hinzuwirken. Das

geht aus einer offiziellen Notiz in den Berliner Kollekten Nachrichten hervor. Dort heißt es:

„Zunehmend von neuem tauchen in der Presse Betrachtungen über die angebliche Ueberflüssigkeit der Ausarbeitung einer Besitzsteuer vor. In der Reichsversammlung stützt man diese Betrachtungen auf die bisherigen Ergebnisse der Reicheinnahmen während des laufenden Rechnungsjahres. Selbst wenn schließlich die tatsächliche Jahreserinnahme hinter der Staatseinnahme nicht zurückbleiben würde, würde es nicht überflüssig sein, die Besitzsteuer vorlage auszuarbeiten. Zunächst verpflichtet dazu die Vereinbarung, die Regierungen und Reichstag eingegangen sind. Sodann ist die Lage der Reichsfinanzen durchaus nicht danach, daß auf die einmal beschlossene Vermehrung der Einnahmen verzichtet werden könnte. Schon ein Hinweis auf die Ueberforderungen, die bezüglich der Zuckersteuer und des Grundstücksübertragungsstempels nach geschlossenen Vereinbarungen bevorstehen, genügt, um dies zu beweisen.“

Hierzu kämen ständig steigende Ausgaben, z. B. für die Hinterbliebenenversicherung. Die jetzigen hohen Einnahmen basieren auf der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur, wie lange diese anhalte, wisse man nicht.

„Aus diesem Grunde erscheint es auch überflüssig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, welche jetzigen Einnahmequellen des Reiches infolge der Einführung einer Besitzsteuer beseitigt werden könnten. Neben den schon irgendwie in Aussicht genommenen Einnahmeverringierungen noch andere in Vorschlag zu bringen, hat wenig Aussicht auf Erfolg. Wenn aber gar neben der Beseitigung anderer Steuern neuerdings die der Salzsteuer empfohlen wird, so muß doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß aus der letzteren dem Reiche jährlich eine Einnahme von nahezu 60 Millionen Mark erwächst. Solche Beträge sind im Reichshaushalt durchaus nicht so ohne weiteres zu entbehren.“

Die Arbeiterversicherung in Europa. Das Reichsversicherungsamt hat eine neue Uebersicht über die Arbeiterversicherungen in Europa ausgearbeitet. Nach dieser neuesten Uebersicht gibt es Zwangsrankenversicherungen außer in Deutschland in Oesterreich-Ungarn, in Italien, in Frankreich, in Großbritannien, in Norwegen, in Luxemburg und in Serbien. Die Zwangsrankenversicherung in Deutschland ist aber, abgesehen von Großbritannien, weiter ausgedehnt als in jedem anderen Lande. In Italien sind nur zwangsversichert Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 20 Jahren, in Frankreich Bergleute bis 2000 M Jahresverdienst. Eine Zwangsunfallversicherung haben außer Deutschland Oesterreich-Ungarn, Italien, Norwegen, Dänemark, Finnland, Niederlande, Luxemburg, die Schweiz, Serbien, Frankreich. Die Zwangsversicherung im letzten Staate bezieht sich nur auf die Seeleute. Auch in den meisten übrigen Staaten ist die Zwangsversicherung nicht so umfassend wie in Deutschland. Hinsichtlich der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung nur für Bergleute und Angestellte in privaten Diensten eingeführt, in Frankreich für Lohnarbeiter und Angestellte mit einem Jahresverdienst bis 2400 M, für Seeleute, Bergleute und Eisenbahner, in Großbritannien für alle Arbeiter und Angestellte, letztere mit einem Jahresgehalt bis 2364 M.

Wieder ein Vorstoß gegen die Gewerkschaften. In ihren Bemühungen, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stampeln, lassen Preußen-Deutschlands Behörden nicht nach. Jetzt erhielt der erste Bevollmächtigte der Magdeburger Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Genosse Brandes, vom Magdeburger Polizeipräsidenten die Aufforderung, innerhalb zweier Wochen die Sitzungen der Verwaltungsstelle sowie ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder beim Polizeipräsidenten einzureichen. In der Aufforderung wird kurz und bündig behauptet: „Die von Ihnen geleitete Verwaltungsstelle . . . ist nach dem Statut und ihrer Tätigkeit ein selbständiger Verein und fällt unter die Bestimmungen des § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908, da sie nach ihrer Tätigkeit auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt.“ Der Polizeipräsident droht eine Geldstrafe von 30 M an, falls der Aufforderung nicht entsprochen wird.

Der Nachweis, daß die Verwaltungsstelle ein selbständiger Verein ist, der politische Zwecke verfolgt, wird dem Polizeipräsidenten wohl nicht leicht werden. Aber was schadet! Es wird versucht und — auf die Gerichte kann man sich ja auch noch verlassen. Das hat man in Kiel gesehen, wo die Strafkammer sogar die „Freie Turnerschaft an der Kieler Förde“ für einen politischen Verein erklärt hat.

Kriegsminister und Militärarbeiterverband. Die Arbeiter der Spandauer Militärwerkstätten haben in einer großen Versammlung im Schützenhaus zu Spandau zu dem gegen die Militärarbeiterverbände gerichteten Erlaß des Kriegsministers Stellung genommen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes, Buchholz aus München, halte das Referat, an das sich eine eingehende Diskussion schloß. Es wurde eine Resolution angenommen, in der betont wird, daß der Erlaß des Kriegsministers als eine bedauerliche Koalitionsbeschränkung angesehen werden müsse. Die Militärarbeiter glaubten nicht, durch ihr Verhalten Anlaß zu einer derartigen Maßregel gegeben zu haben. Sie betonten ausdrücklich, daß der Militärarbeiterverband politisch und religiös neutral sei und nur die Besserstellung der wirtschaftlichen Lage zum Ziele habe.

Eine wichtige Aktion zur Jugendrettung. Aus Altershausen wird gemeldet: Sechs hiesige Fortbildungsschüler waren angezeigt, weil sie, entgegen der Schulordnung, dem Arbeiterjugendverein beigetreten waren, ohne vorher die Erlaubnis der Schuldirektion eingeholt zu haben. Sie wurden vom Stadtrat mit einer Geldstrafe belegt. Auf erhobenen Einspruch sprach sie das Schöffengericht Lauenburg frei. Gegen das freisprechende Urteil legte der Anwaltschaft Berufung ein; er erzielte beim Landgericht in Ostia die Verurteilung der Schüler zu je 1 A Geldstrafe. Aus prinzipiellen Gründen wurde gegen das vorerwähnte Erkenntnis des Landgerichts Revision ange-

meldet und der Fernsenat des Oberlandesgerichts sprach die Angeklagten von Strafe und Kosten frei, auch sind den Angeklagten die notwendigen Auslagen aus der Staatskasse zu erstatten.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg. Der Magistrat wird den Stadtverordneten eine neue Vorlage für eine Arbeitslosenversicherung unterbreiten. Eine Arbeitslosenkasse soll für organisierte und nichtorganisierte Arbeiter geschaffen werden. Die erste Vorlage des Magistrats, die den Gewerkschaften einen Beitrag zur Unterstützung Arbeitsloser gewähren wollte, scheiterte an der Mehrheit der Stadtverordneten. Nach der jetzigen Vorlage sollen die organisierten Arbeiter wöchentlich 10 M an die Arbeitslosenversicherung abführen, wofür sie bis zur Höchstdauer von 80 Tagen eine tägliche Unterstützung von 75 S erhalten. Die nicht organisierten Arbeiter zahlen 25 S wöchentlich und erhalten 1,50 M tägliche Unterstützung.

Eine schwere Niederlage haben die Christlichen in dem schwarzen Bamberg bei der Gewerbege richtswahl erlitten. Ihre Liste brachte es auf 561 Stimmen, die Liste der freien Gewerkschaften erzielte 1443 Stimmen. Da nach dem Proporz gewählt wird, erhalten die Christlichen 5, die freien Gewerkschaften 13 Beisitzer. Die Christlichen verlieren gegen die letzte Wahl 143 Stimmen und 2 Beisitzer, die freien Gewerkschaften gewinnen 211 Stimmen und 2 Beisitzer. Die verlogenste und gewissenloseste Agitation hat die christliche Niederlage nicht aufhalten können. Das Ergebnis zeigt, daß die moderne Arbeiterbewegung auch in den schwarzen Domanen unaufhaltsam vorwärts schreitet.

Eine neue Streibrechervorkommnis wird in Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung mitgeteilt. In Düsseldorf, wo erst im vorigen Jahre anlässlich des Streiks bei de Fries & Cie. ein ruhig seines Weges gehender Bürger von einem angetrunkenen berufsmäßigen Streibbrecher totgeschossen wurde, zog am Sonntagabend der Streibbrecher Wirz auf der Straße einen 9 mm-Revolver und gab mehrere Schüsse in die Menge ab. Einer davon traf einen Arbeiter namens Havermann in die Bein, ein anderer Schuß drang einer Frau Börtling in die Brust und führte den sofortigen Tod herbei. Vater und Sohn Wirz wurden sofort verhaftet. Wie es heißt, soll der alte Wirz dem Treiben seines sauberen Sprößlings ruhig zugehört, ja ihm sogar noch den Revolver gereicht haben. Beide Wirz gehören dem gelben Werkverein an. Die ermordete Frau Börtling war leidend, sie stand im 24. Lebensjahr und ist Mutter zweier Kinder. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der jugendliche Streibbrecher und Mörder sich den Revolver im Bewußtsein seiner Streibbrecher-Wichtigkeit zugelegt oder von seinem Vater erhalten hat. Die Behörden finden ja nichts darin, wenn sie solche Elemente mit Schießwaffen versehen; sie lassen es auch ruhig geschehen, wenn befristete Arbeitgeber ihre „nützlichen Elemente“ mit Revolvern usw. ausrüsten. Polizeibeamte untersuchen wohl Streifende, ob sie nicht etwa Zettel zum Ankleben bei sich führen; Streibbrecher aber, die Schießwaffen und sonstige gefährliche Werkzeuge tragen, bleiben unbeobachtet. Die arme Frau Börtling ist nicht das erste Opfer schießlustiger Streibbrecher und wird wohl leider auch nicht das letzte sein, dafür leben wir im Lande der vollendeten Rechtsgarantien. Es soll uns nicht wundern, wenn dem Wirz seine Streibbrechereigenschaft die bekanntesten „mildernden Umstände“ einbringt. Wurde doch bei der Vernehmung schon danach geforscht, ob Wirz nicht Streibbrecher geschimpft worden ist. — Anlässlich dieses und des Bürger Falles bemerkt die Metallarbeiter-Zeitung: „Es wird allmählich Zeit, daß von der General-Kommission eine Statistik über Streibbrecherausbreitungen aufgestellt wird. Die Schandthaten solcher Banditen häufen sich so, daß es der Arbeiterpresse kaum noch möglich ist, auch nur die schlimmsten Vorkommnisse einigermaßen vollständig zu registrieren.“

Ein verurteilter Streibbrecher. Im Frühjahr d. J. brach in der Waggonfabrik in Görlitz ein Streik aus, bei dem auch die Streibbrecherfirma Karmarek (Berlin) durch Lieferung gewerkschaftlicher Streibbrecher mitwirkte.

Am Mittwoch hatte sich in Görlitz vor der Strafkammer des Landgerichts ein solcher Schützling der Unternehmer wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. In der Nacht vom 3. Juni zogen „Karmarek“ durch die Hauptverkehrsstraße von Görlitz; ein Kratzeel artete bald in eine Straßenschlacht aus; der Angeklagte zog den Revolver und schloß blindlings auf seine Kollegen, von denen drei verletzt wurden. Für seine Schießerei wurde dem angeklagten Karmarek, einem Tischler Lorenz Mullay ohne festen Wohnsitz, von seinen mühen gewordenen Kompanen der Schädel aufgeschlagen. Die Strafkammer verurteilte ihn jetzt noch wegen gefährlicher Körperverletzungen zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis.

Ein Kommando zur Unterdrückung eines Streiks. Daß Polizei und Gendarmerie bei Streiks nicht die Aufgabe haben, die sogenannte Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder die unschuldigen Streibbrecher zu schützen, trat oft genug in eklatanter Weise zutage. Am augenscheinlichsten zeigte es sich beim großen Bergarbeiterstreik, daß die Sicherheitsmannschaften dazu berufen waren, den Grubenbaronen helfend beizustehen, um den Streik niederzuzwingen. Daß den Polizisten diese Absicht, ohne weiteres Partei gegen die Streikenden zu nehmen, innewohnt, war nach ihrem drausgängerischen Tun leicht erkennbar. Zweifelhaft war bisher nur noch, ob sie von ihrer vorgelegten Behörde direkt dazu beordert wurden. Wir sind in der Lage, diesen Beweis heute liefern zu können. Folgt uns da folgendes interessante Schriftstück zu, das sich auf den Streik der Holzplazarbeiter in Lissa bezieht:

„Justerburg, 4. 9. 12.

H. N. Dem Fuhrwächter Benski.

Sie werden hiermit nach Lissa zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert. Meldung beim Oberwachmeister Köhler in Splitt. Karabiner ist mitzubringen. Austritt des Kommandos sofort nach Empfang dieses Be-

Unsere Tarifbewegung.

Als der Deutsche Tabakarbeiter-Verband sich entschloß, die Förderung des Tarifwesens in den Preis seiner Aufgaben aufzunehmen, war es natürlich nicht möglich, gleich an größere Erfolge zu denken. Es gibt wenige Organisationen, die mit einer sozial so rücksichtsvollen Unternehmbarkeit zu rechnen haben, als es unsere Fabrikanten sind. Und dann wollen wir uns nicht verhehlen, daß die Mannigfaltigkeit der Sorten und Preislagen gewiß keine Erleichterung des Tarifabschlusses für die Praxis bringt. Auch mancher aus unseren Reihen mag ursprünglich an der Durchführung des Tarifgedankens in unserem Berufe gelinde Zweifel gehegt haben. Heute haben wir einige Jahre Tarifbewegung hinter uns und können überschauen, ob der Erfolg den Hoffnungen entsprach oder nicht, und ob es sich lohnt, auf dem betretenen Wege weiter zu marschieren. Und da wollen wir denn gleich konstatieren, daß trotz aller Widerwärtigkeiten der Erfolg die Erwartungen übertroffen hat.

Kürzlich schrieben die Vereinigten Tabak-Zeitungen: „Sozialistische Betrachtungsweise erblickt bekanntlich in dem Abschluß von Tarifverträgen das Allheilmittel für die Wahrung des Wirtschaftsfriedens.“ Was „sozialistische Betrachtungsweise“ und Tarifabschlüsse mit einander zu tun haben, ist uns nicht recht verständlich; lassen wir also die „sozialistische Betrachtungsweise“ weg und beschränken wir uns auf den Kern des Sachges, so wollen wir gern zugeben, daß für uns der Tarifabschlusses nicht das Allheilmittel für den Wirtschaftsfrieden sein kann, und die Vereinigten Tabak-Zeitungen hätten nicht nötig gehabt, mit gewissen Beschläüssen der Arbeitgeber des Baugewerbes und der Buchdruckerprinzipale zu beweisen, daß sie einen wirtschaftlichen ewigen Frieden für undenkbar halten. Wir trauen dem Kapitalismus alles zu, nur nicht, daß in ihm die Vorbedingungen des wirtschaftlichen Friedens zu suchen sind. Und so können wir selbstverständlich in den Tarifverträgen auch kein Allheilmittel sehen. Auch im Buchdruck- und Baugewerbe wird nach Ablauf des Tarifs verhandelt, um neue Differenzen, denn es ist ja wohl heute kein Mensch mehr der Ansicht, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen keiner fortwährenden Verbesserung bedürfen, so daß also der Zeitpunkt des Tarifabschlusses ganz von selbst die Machfrage bei beiden Kontrahenten aufröhrt. Da ist es nicht unrecht, wenn gesagt wird, daß die Tarifverträge eine Art Waffenstillstand bedeuten. Der Tarifvertrag ist eben nur eine andere Form des wirtschaftlichen Kampfes, und wer geglaubt hat, er verbürge ihm den ewigen Frieden, hat keine Ahnung von seinem Wesen gehabt.

Wir, und wohl auch alle anderen, die den Tarifvertrag propagieren, sind der Meinung, daß die Form der wirtschaftlichen Kämpfe, den Zeitverhältnissen entsprechend sehr wohl in der Weise gestaltet werden kann, daß von den sich Gegenüberstehenden von Zeit zu Zeit ernstlich erzwungen wird, was notwendig und möglich ist, um dann entsprechende allgemeine Vereinbarungen zu treffen. Die Zigarrenindustrie hätte wahrhaftig keinen Schaden davon, wenn auf der Grundlage eines allgemeinen Tarifabschlusses eine reelle Preiskalkulation ermöglicht würde. Statt dessen verbieten die Organisationen unserer Fabrikanten den Tarifabschlusses. Uns kanns recht sein; doch wird es die Tarifbewegung in der Tabakindustrie, sofern sie überhaupt entwicklungsfähig ist, auf die Dauer nicht aufhalten.

Daß die Tarifpolitik in der Tabakindustrie an Boden gewinnt, haben wir schon mehrfach an dieser Stelle zu bemerken Gelegenheit gehabt. Während Ende 1909 an 146 Orten für 476 Betriebe mit 2216 Arbeitern Tarife bestanden, waren Ende 1911 an 238 Orten für 944 Betriebe mit 5001 Arbeitern solche abgeschlossen. Im Laufe dieses Jahres sind eine Reihe neuer Tarifabschlüsse hinzugekommen. Bemerkenswert ist, daß die Organisation der Nordhäuser Kautabakfabrikanten nunmehr ihren Mitgliedern den Tarifabschlusses mit unserem Verbands freigestellt hat, und ist insolge dessen auch sofort ein Tarif mit einer organisierten und mehreren unorganisierten Firmen zustande gekommen, so daß in Nordhausen zur Zeit rund 500 Kautabakarbeiter im Tarifverhältnis stehen. Wir sind überzeugt davon, daß andere Firmen dieser Branche nicht mehr lange mit dem Tarifabschlusses zögern werden.

Es ist auch im Laufe der Zeit der Beweis erbracht worden, daß das Tarifverhältnis in allen Branchen der Tabakindustrie praktisch durchzuführen ist und daß etwaige Schwierigkeiten wohl zu überwinden sind. Zur Zeit bestehen Tarifverträge in der Zigarren-, Zigaretten-, Rauch- und Kautabakbranche. Andererseits ist auch die gern gegen unser Tarifbestreben ins Feld geführte Behauptung, daß für größere Betriebe in der Tabakindustrie der Tarifabschlusses praktisch undurchführbar sei, durch die Tatsachen über den Haufen geworfen. Zwar sind es erklärlicherweise zunächst noch in der Mehrzahl kleinere und mittlere Firmen, die mit uns abschließen, doch vermehrt sich ebenfalls die Zahl der größeren, wie denn auch die Entwicklung dahin geht, daß die Durchschnittsziffer der bei einer Tariffirma beschäftigten Arbeiter fortwährend steigt. Während nach der letzten Gewerbezahlung auf einen Betrieb der Tabakindustrie durchschnittlich rund 8 Arbeiter kommen, beschäftigte am Schlusse 1909 jede Tariffirma durchschnittlich 4,6 und Ende 1911 5,3 Arbeiter. Das Verhältnis dürfte sich in diesem Jahre noch erheblich bessern.

Zur besseren Entwicklung unserer Tarifbestrebungen ist es jedoch notwendig, daß die gesamte Kollegenchaft mehr als bisher auf den Plan tritt und dafür Sorge trägt, daß nicht nur die Arbeiterchaft, sondern auch andere Kreise dafür interessiert werden, nur Tarifware zu rauchen. Und wir meinen, daß schon die Schilderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie wesentlich

zur Förderung des Konsums von Tabakfabrikaten, die in tarifstreuen Betrieben hergestellt sind, beitragen muß. Selbstverständlich ist es unsere erste Aufgabe, durch unsere Lohnbewegungen und übrige organisatorische Tätigkeit die notwendigen Verbesserungen zu erreichen; aber wenn die Lage der Tabakarbeiter eine so schlechte ist, andererseits die Fabrikanten jede Lohnforderung mit der Verlegung ihrer Betriebe in Gegenden mit Hungerlöhnen beantworten, dann muß uns jedes verfügbare Mittel recht sein, dann müssen wir der Gesamtarbeiterchaft begreiflich machen, daß sie allen Grund hat, die Tabakarbeiter vor dem Verhungern zu schützen. Haben die Millionen organisierter Arbeiter als Raucher keine Bedeutung?

Tabakarbeiter, meidet den Schnaps!

Eine sonderbare Aufforderung, diese Ueberschrift, wird mancher sagen. Trinken denn die Tabakarbeiter mehr Schnaps als andere Arbeiter? Das nicht, im allgemeinen sogar weniger. Es geziemt sich aber wohl für ein Gewerkschaftsblatt, zu einer ganz gewiß bedeutenden Frage unserer Zeit Stellung zu nehmen, und zwar, wenn möglich, auch vom beruflichen Standpunkte aus.

Wir sind nun keineswegs der Ansicht, daß die Alkoholfrage für sich allein endgültig zu lösen ist, sondern wir erkennen, daß sie in unseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen leider ihre Ursachen hat und daher in der Verringerung derselben auch ihre schließliche Lösung finden wird. Trotzdem wäre es töricht, an dieser Frage vorbeizugehen und der Zukunft alles zu überlassen. Als Gewerkschaftler nehmen wir den Standpunkt ein, daß wir zu jeder Zeit und überall dort, wo es nötig ist, den Kampf zu führen haben gegen Erscheinungen, die geeignet sind, die Arbeiterchaft in mancherlei Hinsicht in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu hindern, bzw. zurückzuführen. Und nicht nur das allein. Es gilt auch, daß sich die Arbeiterchaft zu ständig höherer Bewußtseistigkeit, und damit zum Bedürfnis nach höherem Genuß erzieht. Auch als sozialdemokratischer Arbeiter wird man gegen diese Auffassung nichts einwenden können.

Uns auf die Frage: Vollkommene Abstinenz oder nicht? einzulassen, haben wir keine Ursache. Diese Frage liegt auch außerhalb des Betrachtungskreises eines Gewerkschaftsorgans. Wenn hier nur vom Schnaps geredet wird, so verwerfen wir selbstverständlich auch jede Völlerei in anderen alkoholischen Getränken. Unsere Worte richten sich gegen den Schnapskonsum aus zweierlei Gründen.

Erstens: Die Junker führen in Preußen-Deutschland leider immer noch das Regiment. Maßlos in ihren Ansprüchen, machen sie sich mit Hilfe der Regierung und der Gesetzgebung das Volk tributpflichtig in jeder nur denkbaren Weise. Die Arbeiter, die schon in der Produktion nach allen Regeln kapitalistischer Kunst ausgebeutet werden, müssen furchtbar darunter leiden. Der Staat, der durch die Branntweinsteuer viele Millionen jährlich aus dem Schnaps zieht, hat auch dafür gesorgt, daß den Junkern noch ungezählte Millionen in die Taschen gespielt werden. Zum Ueberflusse verteuerte außerdem auch noch ein Produzenterring die Schnapspreise. Und wer zahlt die ungeheuren Summen, die dem Staat und den Junkern alljährlich zufließen? Vorzugsweise jene, die am wenigsten haben, die Arbeiter. Und haben deshalb die Arbeiter nicht das größte Interesse an der Bekämpfung der Junker und ihrer drückenden Steuerpolitik? Haben die Arbeiter Ursache, dem Staat jährlich 180 Millionen und den Junkern 40-50 Millionen zuzuschauen? Freilich, die Junkerherrschaft ist noch nicht gestürzt, wenn auch kein einziger Tropfen Branntwein mehr getrunken wird; dazu bedarf es noch anderer Mittel. Aber: Sollen wir der Junkergesellschaft und ihrem Troß nicht zu Leibe gehen, wo wir es können, zumal wenn wir sie mit dem Branntweinboykott an einer so empfindlichen Stelle treffen? Man kann sagen, daß die Junker ja auch Getreide bauen, Vieh produzieren und wir, da wir doch Brot und Fleisch konsumieren, sie nicht endgültig treffen können. Das stimmt. Es ist jedoch der Unterschied, daß wir Brot und Fleisch unbedingt gebrauchen, während wir den Schnaps ohne den geringsten Schaden an der Ernährung zu nehmen, entbehren können. Und dann ist zu berücksichtigen, daß die Schnapsbrennerei fast ausschließlich von den Großagrarier betrieben wird und noch viel einträglicher ist als Körnerbau und Viehzucht.

Zweitens: Ist auch, wie schon gesagt, jeder übermäßige Alkoholkonsum zu vermeiden, so ist der Schnaps das gefährlichste alkoholische Getränk. Wegen seiner stark berauschenden Wirkung erscheint es jenen als billig, die nicht viel ausgeben können, die aber dennoch ein Bedürfnis (oft freilich kein begründetes) nach stimmunganregenden Getränken haben. Deshalb wird der Schnaps hauptsächlich von Arbeitern getrunken. Nicht immer gibt das Leben dem Einzelnen die Festigkeit, die Herrschaft über sich zu behalten; die sozialen Verhältnisse drücken oft die Menschen nieder, oder lassen sie nicht hoch kommen. Wo die niedrigsten sozialen Verhältnisse sind, sehen wir deshalb auch den größten Schnapskonsum. Die gesamte Arbeiterchaft hat aber ein sehr bedeutendes Interesse daran, den Kampf für ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele möglichst zu forcieren und jede Einzelkraft dafür frei zu machen. Tatsache ist leider, daß in mancher Gegend Deutschlands, wie auch sonst bei einzelnen Arbeitern, das Verständnis für die Mitarbeit in unserer Bewegung nur schwer geweckt werden kann. Nicht allein, und lange nicht immer, ist der Schnaps daran schuld, aber zutreffend ist, daß zu jenen Gegenden auch die gehören, wo am meisten Schnaps konsumiert wird. Zutreffend ist ferner,

daß die Vermeidung übermäßigen Alkoholkonsums, vor allem des Schnapses, die Bahn frei macht für die Mitarbeit in der Arbeiterbewegung. Ganz allgemein muß es sich übrigens für die Arbeiterchaft um einen immerwährenden kulturellen Aufstieg handeln.

Aus diesen Erwägungen heraus hat der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig den Schnapsboykott beschlossen und hat der diesjährige zu Chemnitz den Boykott durch nachstehende Resolution erneuert:

„Zu besonderer Berücksichtigung der neuesten wider dem Trugwort „Abkaffung der Liebesgabe“ erfolgten Mehrbelastung zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Branntweinboykott in eine dringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampfbarkeit des Proletariats und der Schwächung seiner böswilligen Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses.“

Wir haben schon oben die Frage aufgeworfen, ob die Mahnung an die Tabakarbeiter, keinen Schnaps zu trinken, berechtigt sei. Zunächst kann die Antwort lauten: Was in Bezug auf die ganze Arbeiterchaft hinsichtlich der Meidung des Branntweins gesagt worden ist, trifft auch für die Tabakarbeiter zu. Doch will uns scheinen, als ob für die Tabakarbeiter noch besonderer Grund zur völligen Schnapsentzagung vorliegt. Nicht etwa, daß die Tabakarbeiter stärkere Trinker als andere wären! Im Gegenteil. Wir haben gut 30 Jahre Gelegenheit gehabt, die deutsche Tabakarbeiterchaft in ihrem Leben und Streben zu beobachten und die Erfahrung lehrt uns, daß sie in dieser Zeit zu einer sittlichen Reife gelangt ist, die mehr verlangt als Schnaps. Es gibt, ausgeschlossen Süddeutschland, wo ja überhaupt wenig Schnaps getrunken wird, Gegenden, wo die Tabakarbeiter, abgesehen immer von einzelnen, jeglichen Schnaps verschmähen, wie denn überhaupt die Mäßigkeit im Trinken sich verbreitet. Das ist ein Erfolg ihrer Organisationsarbeit, ihrer Kulturbestrebungen.

Hat die Junkerherrschaft den Tabakarbeitern nicht die Wertsteuer und alle anderen Zoll- und Steuerbedrückungen gebracht? Hat diese junkerliche Interessenpolitik nicht verhindert, daß die Tabakarbeiter mit ihren Löhnen nicht vorwärts kommen, ja sogar zurückgingen? Hat die Liebesgaben- und Steuerungsirtschaft nicht die Tabakarbeiter mit ihrem geringen Einkommen doppelt mitgenommen? Und da sage noch ein Tabakarbeiter, er hätte keine Ursache zum Schnapsboykott! Kann es unter solchen Umständen noch Tabakarbeiter geben, die nicht von Rache erfüllt sind und gern und freudig jede Gelegenheit wahrnehmen, zur Tat zu greifen? Ein Opfer kann in diesem Falle die Meidung des Schnapses nicht bedeuten. Wenn es nicht geschieht, so ist es Mangel an Erkenntnis oder Willensstärke.

W e i l die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter so dringend der Verbesserung bedürfen, w e i l zum Kampf dafür alle Tabakarbeiter so außerordentlich nötig sind und die Schlagkraft der Organisation steigen muß, w e i l die Tabakarbeiter nach verschiedenen Fronten ihre Stellung nehmen müssen, muß alles, was daran hindert, beseitigt werden. Und da wollen wir es frei bekennen, daß es noch Tabakarbeiter gibt, die wohl ein paar Groschen für Schnaps, aber nicht für den Verband übrig haben. Ohne den Schnaps könnte noch manche Arbeit mehr für die gute Sache geleistet werden.

Wir sehen heute davon ab, die gesundheitsschädlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Folgen eines übermäßigen Schnapskonsums für den Einzelnen zu besprechen, möchten nur betonen, daß bei der Berufsart und der meistens mangelhaften Ernährung der Tabakarbeiter die Wirkung viel schlimmer als bei vielen anderen Arbeitern ist. Ein Quantum, von dem der z. B. im Freien und mit schwerer Arbeit Beschäftigte nichts verspürt, hindert schon die Tabakarbeiter an der Arbeit, wenn es ihn nicht schon unfähig dazu macht.

Das alles reicht aus, denken wir, auch den Tabakarbeitern zu sagen:

Meidet den Schnaps!

Die französische Gewerkschaftskongress.

F. G. K. Vom 16. bis 21. September tagte in Savre der Kongress der französischen Gewerkschaften. Er wird in der Geschichte der französischen Gewerkschaften einen dauernden Platz haben, denn auf ihm kamen die von uns wiederholt hervorgehobenen Tendenzen zum Durchbruch, die zu einer Revivierung des französischen Syndikalismus führen werden. Der Syndikalismus, so wie ihn die theoretisierenden Syndikalisten darstellen, stellt die Aktion der Organisation voraus. Er rechnet in der Aktion in erster Linie auf das revolutionäre Gefühl der Massen und hält die Disziplin und die soltarische Opferfreudigkeit für minder bedeutend, wenn nicht nebensächlich. Er beschränkt das Kampffeld auf das gewerkschaftliche Gebiet, ohne Berücksichtigung des politischen Kampfes, wobei er notwendig zu einer ständigen Erweiterung des gewerkschaftlichen Kampffeldes kommt, weil eben der kapitalistische Staat, selbst wenn die Arbeiter sich nicht um ihn kümmern wollten, sich mit den Arbeitern beschäftigt. Es ist schließlich nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern in seiner Tendenz gegen den Staat, gegen j e b e s Staatswesen gerichtet. Als wesentliches Mittel zur Befreiung der Lohnarbeit und des Staates führt er den Generalstreik an. Aus diesen anarchischen Tendenzen stammt seine Minderwertung der Organisation.

Was den Kongress in Gahre charakterisiert, ist dagegen seine ständige Sorge um die Organisation. In allen Streitfragen hat er, unbekümmert um Prinzipien und Tendenzen, für die Stärkung und den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation entschieden.

Nach den Begrüßungsansprachen von Bergmann von der belgischen und Cassenbach von der deutschen Gewerkschaftszentrale, die beide insbesondere auf das notwendige Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften hinwiesen, kamen bei der Mandatsprüfung zwei delikate Streitfragen zur Entscheidung. Nach dem Eisenbahnerstreik im Oktober 1910 nahm der Eisenbahnerverband eine Reorganisation vor. Der auf dem Kongress der Eisenbahner angenommene Statutenentwurf wurde dem Vorstande zur genaueren Redigierung überwiesen. Dabei nahm dieser insofern eine Aenderung vor, als er den alten Namen beibehielt. Das nahm der revolutionäre Flügel zum Vorwand, um eine Sonderorganisation zu gründen und auf dem Kongress und in der Konföderation Sitz und Stimme zu verlangen, was mit einer Hinausdrängung des alten Verbandes gleichbedeutend gewesen wäre. Der Kongress beschloß jedoch, daß die Sonderorganisation sich aufzulösen habe und deren Mitglieder dem alten Verbands beitreten müssen.

Die zweite Frage war die nicht volle Ausführung der Beiträge der Gewerkschaften an die Konföderation, was besonders von dem „reformistischen“ Textilarbeiterverbande damit begründet wurde, daß die von der Konföderation betriebene Agitation nicht seinen Tendenzen entspricht. Es wurde schließlich bestimmt, daß künftig die Organisationen ihre Kassenerichte der Konföderation einzuwickeln haben, und daß die Organisationen, die ihrer Beitragspflicht nicht genügen, ausgeschlossen werden sollen. In dieser Richtung sei gleich die vorgenommene Erhöhung der Beiträge an die Konföderation erwähnt, die auf 10 Fr. pro Tausend verkaufter monatlicher Beitragsmarken für die Verbände und 7 Fr. für die Gewerkschaftskartelle festgesetzt wurden, wozu noch ein Zuschlag von 25 Prozent zur Bestreitung der konföderalen Reiseunterstützung kommt.

Die bedeutendste Diskussion entwickelte sich über den Antrag Renard, Sekretär des Textilarbeiterverbandes, der sozialistischen Partei die Sympathie der Gewerkschaften auszudrücken. Der Antrag war eine Erwiderung auf ein von mehreren führenden Syndikalisten veröffentlichtes Manifest, das sich, bezugnehmend auf die Schwankung des Genossen Herbe, in dunklen Drohungen gegen die Partei erging. In der Debatte wurde die in Frankreich noch umstrittene Frage der Beziehungen von Partei und Gewerkschaften aufgerollt. Bemerkenswert ist, daß selbst die Anarchisten ihre gewöhnlichen Angriffe gegen die Partei unterließen und ein gelegentliches gemeinsames Vorgehen nicht von der Hand wiesen. Andererseits verteidigten die Genossen die Partei, sprachen sich jedoch meist gegen eine ausdrückliche Sympathieerklärung aus. Es wurde denn auch zum Schluß die Neutralitätsklärung des Kongresses von Amiens (1906) wieder erneuert.

Dann wurde zu den Aenderungen des Altersversicherungsgesetzes Stellung genommen und die ablehnende Haltung aufrecht erhalten. Der Kongress forderte entweder die Beseitigung der Beiträge der Arbeiter, oder die Ersetzung des Kapitalisierungsdurch das Verteilungssystem und die Einführung der Invalidenversicherung. Bei dem folgenden Punkt: Antimilitarismus, kamen drei unterschiedliche Fragen zur Verhandlung: 1. das Gesetz Millerand; 2. die Soldatentlassen und 3. die Haltung im Kriegsfall. Das jüngst angenommene Gesetz Millerand verurteilt alle wegen Armeebelüßigung, antimilitaristischer Propaganda, Widerstand, Landfriedensbruch usw. ein- oder zweimal zu drei bezw. sechs Monaten vorbestraften Rekruten in das militärische Bann oder in die afrikanischen Strafbataillone. Der Kongress protestierte energisch gegen das Gesetz, das die davon bedrohten jungen Leute zur Fahnenflucht verleite, beschloß, die davon Betroffenen zu unterstützen und die Agitation gegen das Gesetz fortzusetzen. In einer zweiten Resolution wurde die Gründung von Kassen zur Unterstützung der beim Militär stehenden Gewerkschaftsmitglieder empfohlen. Die dritte Frage wurde schließlich damit erledigt, daß man, bezüglich des Antimilitarismus auf die Beschlüsse der vorhergehenden Kongresse hinwies. Dann kam die Erörterung des freien Samstag-Nachmittags, der sogenannten englischen Woche, zur Verhandlung. Der Kongress überließ die Durchführung dieser Forderung den einzelnen Gewerkschaften, die nach ihren Bedürfnissen die einzuschlagende Taktik wählen können. Schließlich wurde zur Lebensmittellieferung eine etwas beantwortete Resolution angenommen.

Hervorzuheben ist die Würde und Ruhe — im Vergleich zu den vorhergehenden Kongressen — mit der diskutiert wurde und die fast einstimmige Annahme aller wesentlichen Beschlüsse. Allgemein wurde die notwendige Gemeinsamkeit vorangestellt. Die Stellungnahme zum Antimilitarismus und zur „englischen Woche“ haben besonders gezeigt, daß die französischen Gewerkschaften die anarchistische Phrase überwinden haben.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Regierung und Unternehmer. Unseren Fabrikanten ist, wie allen Unternehmern, jeder soziale Fortschritt widerlich; sie können nicht einsehen, weshalb man sie überhaupt in ihren vermeintlichen Ausbeutungsrechten stört. Die Regierung möchte ihnen auch gerne zu Gefallen sein, wie sie denn schon zweimal den Termin der Zulassung der Bestimmung über den Lastraum (10 tkm) in Zigarettenfabriken hinausgeschoben hat. Nur jetzt ist sie doch

etwas zu genteren. In dem Jahresbericht des Deutschen Tabakvereins heißt es nämlich:

Erneut haben wir in diesem Jahre versucht zu beweisen, daß die am 1. Januar 1913 in Kraft tretende Vorschrift, wonach in Zigarettenfabriken für jede beschäftigte Person ein Aufstrich von zehn Kubikmeter vorgegeben sein muß, noch weiter hin hinausgeschoben werden möge. Ein allgemeines längeres Hinusschieben ließ sich nicht mehr erreichen (die Vorschrift ist schon 1907 erlassen), doch hat der Herr Staatssekretär des Innern darauf hingewiesen, daß in einzelnen Fällen auch in Zukunft bei ausreichenden Vorkehrungen für Sicherung genügenden Luftwechsels in den Räumen Ausnahmen gemacht werden können und daß er eine wohlwollende Handhabung der Bestimmungen zu unterstützen bereit sei. Wenn einem Mitgliede trotz Erfüllung der erwähnten Voraussetzung der Nachschub nicht gewährt wird, wird es gut tun, die Sache an uns zu bringen.

Wenn doch die Tabakarbeiter auch einmal etwas von dem „Wohllwollen“ des Staatssekretärs spüren möchten.

Ein origineller Arbeitsnachweis. Am 2. Oktober konnte das Organ der Hamburger Arbeiterschaft, das „Hamburger Echo“, auf sein 25jähriges Erscheinen zurückblicken. Dieses Jubiläum erinnert uns an einen originellen Arbeitsnachweis der Tabakarbeiter. Die Tabakarbeiter, Haus- und Hilfsarbeiter von Hamburg, Altona und Ottensen hielten schon damals wie heute fest zur Arbeiterschaft und ihrem Organ, und da man einen organisationsseitig eingerichteten Arbeitsnachweis noch nicht hatte, wurden die Arbeitskräfte ausschließlich durch Anzeigen in dem jeweiligen Arbeiterorgan gesucht, so daß mitunter eine ganze Spalte einzeiliger Tabakarbeitergehalte dort zu finden war. Am 20. September 1887 wurde nun die Vorgängerin des „Hamburger Echo“, die „Bürger-Zeitung“, auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. Nun war für Tabakhausarbeiter, die Hilfsarbeiter brauchten, guter Rat teuer. In bürgerlichen Blättern zu inserieren konnten sie sich nicht entschließen; es hätte auch wohl kaum Erfolg gehabt, da solche bei allen Tabakarbeitern verachtet und nicht gelesen wurden. Man mußte sich also anderweitig zu helfen suchen. In Ottensen hatte sich die Zigarettenindustrie riesig entwickelt, weil es im Gegenjag zu Hamburg-Altona im Jollinland lag. Viele Hilfsarbeiter, die in Altona usw. wohnten, arbeiteten bei Ottensener Hausarbeitern. In einem der Wege nach Ottensen, dem Düsternlaugenbalken, den auch Otto Ernst, dessen Vater Zigarettenarbeiter war, in Amnis Sempers Jugendland schildert, da seine Eltern in dem einzigen Haus dieses damals verwahrlosten Feldweges eine Zeitlang wohnten, befand sich zur Abgrenzung eines Straßendepots ein langer Bretterzaun. Diesen Zaun hatten sich die Tabakarbeiter zur Etablierung ihres Arbeitsnachweises ausgesucht, so daß die den Weg passierenden Hilfsarbeiter in den mit Kreide angeschriebenen Gesuchen ihre Auswahl treffen konnten. Allerdings dauerte dieser provisorische und merkwürdige Arbeitsnachweis nur bis zum 2. Oktober, denn an diesem Tage hatte die Hamburger Arbeiterschaft mit dem Erscheinen der ersten Nummer des „Hamburger Echo“ den Behörden gezeigt, daß sie sich nicht umbringen lasse. Das „Hamburger Echo“ nahm dem Bretterzaun die Funktion des Arbeitsnachweises ab, bis später die Organisation denselben selbst übernahm. Jetzt darf kein Tabakarbeitergehalt für unsern Hamburg-Altonaer Zahlstellenkomplex mehr im „Echo“ erscheinen, wie Verwaltung und Verlag vereinbart haben, und es ist bezeichnend, daß sich trotzdem bis heute keine Tabakarbeitergehalte in bürgerlichen Blättern gefunden haben, wohl auch niemals finden werden.

Der deutsche Tabakverein hat seine diesjährige Hauptversammlung verschoben und gibt dafür unter anderen folgenden Grund an:

Weiterhin aber auch beabsichtigte die Geschäftsleitung des Deutschen Tabakvereins wohl, seinen Mitgliedern über das Ergebnis der Produktionsveränderungen zu berichten, deren Bearbeitung ebenso umfangreich als mühsam war. Dieser Gegenstand bildet den Punkt 3 der Tagesordnung und im Anschluß daran wird die volkswirtschaftlich überaus wichtige Frage über die Wirkung des Wertzollsystems auf das deutsche Tabakgewerbe zur Besprechung gelangen. Die Behandlung dieser Angelegenheit von Seiten des Tabakvereins wird nicht allein für die Tabakgewerbe treibenden, sondern auch für die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Nationalökonomie von größtem Interesse sein, denn die streng objektive Bearbeitung derartiger Probleme, wie sie bisher von dem Tabakverein geübt wurde, gibt die sicherste Gewähr dafür, daß man von ihm eine ungetrübte aber auch ungeschminkte Antwort auf die Frage nach den Wirkungen des Wertzollsystems im deutschen Tabakgewerbe mit Bestimmtheit erwarten darf. Die von dem deutschen Tabakverein angestellten Erhebungen werden wohl einer unzweideutigen Auskunft über vieles bringen, was von dem Einen als ein Effekt des Wertzollsystems, von dem Anderen als Resultat der allgemeinen wirtschaftlichen Zeitströmung ausgeprochen wird.

Bäder in Zigarettenfabriken sind nicht nötig. Im Jahresbericht des Deutschen Tabakvereins heißt es: „Mit dem preußischen Handelsministerium haben wir erfolgreich in einer gewerbepolizeilichen Angelegenheit verhandelt. Eine größere Zigarettenfabrik war gelegentlich des Neubaus einer Filiale von der Gewerbeinspektion angehalten worden, in dieser Filiale Badeeinrichtungen für die Arbeiter anzulegen. Auf unsere Vorstellung entschied der Handelsminister, daß die Zigarettenfabrikation eine Reinigung der Arbeiter durch Bäder nicht erfordert.“ Also die Zigarettenfabrikation verursacht keinen Staub und Schmutz, so daß Bäder für Zigarettenarbeiter, Zigarettenmacher und Zigarettenrichter nicht nötig sind! Es wäre furchtbar, wenn die Fabrikanten auch noch Gelegenheit zur Körperreinigung beschaffen müßten! Genügt es nicht, wenn die wenigsten sanitären Vorschriften noch uliorisch gemacht werden?

Der Tabakbau in Schlessen. Noch vor zwanzig Jahren beschäftigten sich mit dem Tabakbau in Schlessen fast 12 000 Pflanzler. Im vorigen Jahre waren es nur noch knapp 2000. In ganz anderer Weise ist die Anbaufläche zurückgegangen, von 17 000 ar auf nur 12 000 ar. Demnach ist der Rückgang auf Kosten der Kleinbetriebe gegangen, und in der Tat betrifft er hauptsächlich die jungen Pflanzler, die unter 1 ar bebauten. Deren Zahl sank von 10 000 auf 1500 herab. Diese Erscheinung, die

sich im Reiche überall wiederholt, wo keine Landwirte sich im Tabakbau eine lohnende Nebenarbeit beschaffen, ist um so mehr zu bedauern, als der ganze einheimische Tabakbau zugunsten des billigen ausländischen Domingo um zurückgegangen ist. Wenn der schlesische Tabak auch im Verhältnis zum badischen oder elbischen auch keine außerordentliche Menge ausmachte, so waren es doch vor zwanzig Jahren 250 000 Kilogramm im Werte von 187 000 M. 1910 nur noch 164 000 Kilogramm im Werte von 96 000 M. Unter diesen Umständen erscheint die Steuer auf deutschen Tabak sehr widersinnig; jedenfalls dient sie nicht dazu, die einheimische Konkurrenz zu stärken.

Tabakarbeiterstreik in Manila. Es wird gemeldet, daß in Manila (Philippineninseln) ein Streik der Zigarettenarbeiter ausgebrochen ist, an dem sich 14 000 Arbeiter beteiligen. Der Grund zur Arbeitseinstellung ist die Abstreifung der Regierung, Kontrolllisten einzuführen. Welcher Art diese Kontrolllisten sind, wird leider nicht gesagt; sehr wahrscheinlich handelt es sich dabei um eine Verschlechterung für die Arbeiter.

Ueber Tabak- und Zigarettenhandel in Singapur. (Hindereindien) berichtet das österreichisch-ungarische Konsulat folgendes: Tabak. Diesbezüglich müssen zwei Gruppen unterschieden werden: 1. das Rohprodukt, für welches Singapur als Umschlaghafen dient, und 2. präparierter Rauchtabak, welcher hier und da in den nähergelegenen Kolonien konsumiert wird. Für den Import der ersteren Sorte kommt hauptsächlich Hongkong in Betracht, von wo das Produkt der Philippinen nach Singapur verschifft wird, an zweiter Stelle Niederländisch-Indien; die Einfuhr von präpariertem Rauchtabak bestreitet fast ausschließlich Großbritannien, in weitem Maße folgen die Niederlande. Die Einfuhr betrug 3 317 212 Dollar gegenüber 3 447 862 Dollar des Vorjahres; die Wiederausfuhr 2 312 569 Dollar gegenüber 2 255 808 Dollar in 1910. — In Zigaretten beherrscht die British American Tobacco Co. den Markt; Ägypten liefert die feineren Sorten. Von Zigaretten, die einen bedeutend geringeren Absatz finden, stammen die minderen Qualitäten aus Hongkong (Manila-Tabak) und Britisch-Indien, für die besseren Sorten ist Holland Lieferant, etwas kommt auch aus Deutschland und Belgien. Die Einfuhr betrug 3 675 672 Dollar gegenüber 3 194 004 Dollar in 1910; die Wiederausfuhr 2 276 284 Dollar gegen 1 600 000 Dollar im Vorjahre.

Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnissnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

Oettinghausen i. Westf. Nach eingeleiteter Lohnbewegung bewilligte die Firma S. Pein & Söhne (Sitz Rellinggen) eine Lohnerhöhung von 50 und 25 % und außerdem noch 50 % auf alle Sorten pro Mille für Aufseher des Deckblatts.

Kirchlengern i. Westf. Die Firma A. Westersellhau erhöhte die Löhne der Zigarettenmacher um 50 % pro Mille bei allen Sorten.

Werthe i. Westf. Der Streik bei der Firma Caprano & Grünh ist beendet. Die Firma bewilligte, inkl. der im Sommer gemachten Zugeständnisse, auf eine Sorte 25 %, auf 30 Sorten 50 % und 1 M. und auf eine Sorte 2 M. pro Mille.

Hochgerathen (Wirtzb.). Die Bewegung bei der Firma Carl Schlicht ist beendet durch Abschluß eines Tarifvertrages. Die gemachten Lohnzulagen betragen für Zigarettenmacher bei 29 Sorten 10 % bis 1 M. pro Mille und für Wickelmacher bei 31 Sorten 20 bis 50 % pro Mille. Der Minimallohn beträgt 7,70 M. pro Mille und die wöchentliche Arbeitszeit 58 Stunden.

Hünichen (Hg. Sachsen). Die Firma Gebr. Paßig erhöhte die Löhne bei 9 Sorten um 20 bis 45 % pro Mille und verkürzte die tägliche Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden. Der bestehende Tarifvertrag wurde verlängert bis 30. September 1914.

Großenhain (Hg. Sachsen). Die Firma Friedr. Geyer & Comp. erhöhte die Löhne der Zigarettenmacher um 25 und 50 % pro Mille und die Löhne der Zigarettenrichter um 1,50 M. pro Woche. Das Vertragsverhältnis wurde verlängert.

Mühlhausen i. Th. Außer der Firma Eisenhardt & Comp. hat nun auch die Firma Frz. Diebel Lohnzulagen gemacht. Die bewilligten Lohnzulagen betragen für Zigarettenmacher 20 und 25 % bei Zigaretten und außerdem bei 4 Sorten 30 %, 1 Sorte 35 %, 5 Sorten 40 %, 3 Sorten 45 %, 14 Sorten 50 %, 4 Sorten 55 %, 3 Sorten 60 %, 4 Sorten 70 % und 3 Sorten 1 M. pro Mille und für Sortierer bei 6 Sorten 1/10-Packung 10 %, 20 Sorten 1/10-Packung 5 %, 15 Sorten 1/20-Packung 20 %, 4 Sorten 1/20-Packung 15 %, 16 Sorten 1/20-Packung 10 % und 9 Sorten 1/20-Packung 5 % pro Mille.

Seesen a. S. Die Firma W. Hasselbach & Co. entsprach den Wünschen der Arbeiter und bewilligte die Lieferung entrippter Einlage an Fabrikarbeiter und Heimarbeiter.

Reilingen (Baden). Nach Vorstelligwerden bewilligte die Firma A. Böminger den Sortierern Lohnzulagen von 5 bis 35 % pro Mille.

Hamburg-Altona. Die von uns eingeleitete Bewegung zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zeitigte bis heute ganz annehmbare Erfolge. So bewilligte die Firma Albrecht & Schmidt, die in Hamburg nur Sortiererei hat, die Löhne der Sortierer um 10–30 % pro Mille und die Löhne der Welsberinnen um

50 3 und 1 M pro Woche. Die Firma Philipp Baetke bewilligte den Zigarrenarbeitern auf 7 Sorten 1 M, auf 1 Sorte 2 M Zulage pro Mille, den Sortierern wurden alle Sorten Zwanzigstel um 45 3, alle Sorten Bierzigstel um 50 3 pro Mille erhöht; 2 Bekleber erhielten 1 M pro Woche Zulage. Die Firma Böhle & Co. verbesserte den Zigarrensortierern die Löhne bei 6 Sorten um 1 M und bei 1 Sorte um 2 M pro Mille auf. Die Firma Böbling & Muhle erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 3 M bei einer Sorte, um 2 M bei 4 Sorten und um 1 M bei 6 Sorten pro Mille. Die Löhne der Sortierer wurden für alle Sorten und Packungen um 10 3 pro Mille erhöht. Die Firma Caprano & Gruhn, Altona, bewilligte auf 2 Sorten 2 M, auf 15 Sorten 1 M, den Sortierern wurden 5 Sorten Zwanzigstel um 10 3, 3 Sorten Bierzigstel um 15 und 20 3 erhöht. Die Firma C. Craas & Co. verbesserte den Zigarrenarbeitern die Löhne bei 5 Sorten um 50 3 und bei 1 Sorte um 1 M pro Mille auf. Die Firma Herm. Franck erhöhte 4 Sorten um 25 3, so daß der Minimallohn für Formarbeit jetzt 11,25 M beträgt; außerdem wurden 13 Sorten um 50 3, 6 Sorten um 1 M erhöht. Die Sortierer erhielten für 3 Sorten Zehntel 20 3, 9 Sorten Zwanzigstel 20 und 30 3, 10 Sorten Bierzigstel 20 3 pro Mille mehr. Gleichfalls wurden die Löhne für Musterpackung erhöht. Die Firma G. G. Graaf bewilligte den Zigarrenarbeitern auf 4 Sorten 1 M, auf 1 Sorte 2 M den Zigarilloarbeitern wurden 2 Sorten um 50 3 pro Mille erhöht. Die Firma Otto Henningsmeyer & Söhne, Altona, erhöhte die Löhne der Zigarrenarbeiter bei einer Sorte um 40 3, zwei Sorten um 50 3, 2 Sorten um 60 3, 3 Sorten um 65, 75 und 90 3 und 2 Sorten um 2 M pro Mille. Eine Sorte Zigarillos wurde um 50 3 erhöht. Den Sortierern wurden sämtliche Sorten aufgebessert und zwar für Zehntel um 15 3, für Fünftel, Zwanzigstel und Bierzigstel um 20 3 pro Mille. Die Firma Johannes Heubert bewilligte den Sortierern für Zehntel 8 Sorten 10 3, für Reinfortierung 8 Sorten 20 3, für Zwanzigstel 13 Sorten 20 3. Der Stundenlohn wurde von 60 auf 65 3 und der Wochenlohn von 28 auf 30 M erhöht. (Die Firma beschäftigt hier keinen Zigarrenmacher.) Die Firma Horch & Duast erhöhte die Löhne bei 2 Sorten um 2 M, 8 Sorten um 1 M und 1 Sorte um 50 3 pro Mille. Die Sortierer erhielten für Zehntel 6 Sorten 10 bis 20 3, für Zwanzigstel 40 Sorten 5 bis 20 3, für Bierzigstel 10 Sorten 5 bis 40 3, für 1 Sorte Schuß 30 3 mehr. Die Firma J. W. Harbeck, Weddel, (Tariffabrikant) erhöhte die Löhne bei 4 Sorten um 50 3 pro Mille. Die Firma Fr. M. Heins (Tariffirma) verbesserte 2 Sorten um 30 3, 2 Sorten um 70 3 und 2 Sorten um 1 M auf. Die Firma Friedrich Hörmann (Tariffirma) erhöhte die Löhne bei 2 Sorten um 50 3 und bei einer Sorte um 1 M pro Mille, so daß der Minimallohn für Formarbeit bei freier Zurichtung 12 M beträgt. Die Firma Friedrich Justus bewilligte den Zigarrenmachern auf 4 Sorten 1 M Lohnzulage; die Sortierer erhielten auf 20 Sorten eine Lohnzulage von 10 bis 20 3 pro Mille. Die Firma Walter Fürtgen & Co. bewilligte den Zigarrenarbeitern auf 10 Sorten 2 M, 5 Sorten 1,50 M, 21 Sorten 1 M, und 3 Sorten 50 3 Lohnzulage pro Mille. Für Zigarilloarbeiterinnen wurden die Löhne bei 3 Sorten um 20 bis 50 3 erhöht. Den Sortierern wurden die Löhne bei 62 Sorten um 10 und 20 3, 1 Sorte um 1 M und der Stundenlohn um 10 3 erhöht. Die Fertigmacherinnen erhielten eine Lohnzulage von 1 M pro Woche. Die Firma v. Jaminet & Meyer, Altona, verbesserte die Löhne bei 1 Sorte um 2 M, 4 Sorten um 1 M und 1 Sorte um 50 3 pro Mille auf; 2 Sorten Zigarillos wurden um 50 3 pro Mille erhöht. Die Firma C. Jul. Klein bewilligte auf 1 Sorte 3 M, 4 Sorten 2 M, 15 Sorten 1 M und 3 Sorten 50 3 pro Mille. Für Sortierer wurden 2 Sorten Zehntel um 40 3, 3 Sorten Zwanzigstel um 20 und 30 3, 7 Sorten Bierzigstel um 20 und 40 3 erhöht. Die Firma Ernst Rasch & Co. bewilligte an Lohnzulagen für die Zigarrenarbeiter für 1 Sorte 6 M, 2 Sorten 2 M, 11 Sorten 1 M und 3 Sorten 50 3 pro Mille. Den Sortierern wurden 20 Sorten Zwanzigstel um 10 bis 40 3 pro Mille erhöht. Die Firma Aug. Kroeger verbesserte die Löhne der Zigarrenmacher bei 10 Sorten um 50 3 pro Mille auf. Die Firma Langhans & Fürtgen, Altona, erhöhte die Löhne der Zigarrenarbeiter bei 1 Sorte um 2 M, bei 1 Sorte um 1,50 M, bei 27 Sorten um 1 M und bei 2 Sorten um 50 3 pro Mille. Alle Sorten Zigarillos wurden um 25 3 pro Mille aufgebessert. Den Sortierern wurden 18 Sorten um 10 3, 6 Sorten um 20 bis 50 3 pro Mille erhöht. Der Stundenlohn der Zigarillosortiererinnen wurde von 25 3 auf 35 3 gesetzt. Die Firma Ed. Loewenwald & Co. (Inhaber Artur Peter, Breslau) erhöhte 2 Sorten um 2 M, 7 Sorten um 1 M und 8 Sorten um 50 3 pro Mille. Die Firma v. d. Meden & Thomseu erhöhte den Zigarrenarbeitern die Löhne bei 2 Sorten um 2 M und 2 Sorten um 1 M pro Mille. Die Sortierer erhielten für Zehntel 7 Sorten 20 3, für Zwanzigstel 13 Sorten 10 bis 30 3, für Bierzigstel 3 Sorten 40 3 pro Mille mehr. Die Firma J. Neumann (Sitz Berlin) bewilligte auf 1 Sorte 3 M, auf 6 Sorten 1,50 M, auf 1 Sorte 1,25 M, auf 4 Sorten 1 M, auf 5 Sorten 75 3, auf 13 Sorten 50 3 und auf Zigarillos 40 3 pro Mille. Die Sortierer erhielten auf 5 Sorten Zwanzigstel 15 bis 30 3, auf 5 Sorten Bierzigstel 50 3 pro Mille bewilligt. Die Firma C. F. Neumann, Altona, erhöhte den Zigarrenmachern die Löhne bei 6 Sorten um 1 M pro Mille. Die Firma C. Peter bewilligte auf 1 Sorte 1,50 M, auf 10 Sorten 1 M und auf 8 Sorten 50 3 pro Mille. Die Firma D. P. Petersen & Co., Altona, verbesserte 7 Sorten um 1 M, 1 Sorte um 85 3, 9 Sorten um 50 3 auf. Der Lohn bei 1 Sorte wurde von 14,50 M auf den Minimallohn von 14,70 M erhöht. Den Sortierern wurden 8 Sorten Zwanzigstel und für Schuß um 10 3, und 4 Sorten Bierzigstel um 20 3 erhöht. Ebenso wurde der Akkordlohn der Bekleberinnen aufgebessert. Die Firma Bruno Püchler, Altona, (Inhaber Schäfer & Harjzen Bremen) erhöhte die Löhne der Zigarrenarbeiter bei 18

Sorten um 1,50 M pro Mille und die Löhne der Sortierer bei allen Sorten um 30 3 und der Bekleberinnen um 1 M pro Woche. Die Firma Gaston Püchler, Altona, verbesserte 5 Sorten um 1 M und 9 Sorten um 50 3 auf. Den Sortierern wurden 4 Sorten Zwanzigstel um 15 und 20 3, 4 Sorten Bierzigstel um 20 3, den Bekleberinnen der Wochenlohn um 1 M erhöht. Die Firma G. A. Koch bewilligte den Zigarrenmachern auf 1 Sorte 3 M, auf 3 Sorten 1,50 M, auf 4 Sorten 1 M, auf 2 Sorten 80 3 und auf 3 Sorten 50 3 pro Mille. Die Firma J. F. Schaper erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 22 Sorten um 1 M pro Mille. Die Firma Heinrich Schlichting (nur Sortierung) erhöhte die Löhne der Sortierer für 7 Sorten um 30 3, für 17 Sorten um 20 3, für 15 Sorten um 10 3 bei allen Packungen pro Mille. Der Stundenlohn wurde von 60 auf 70 3 erhöht; die Bekleberinnen erhielten 1 M Wochenlohn mehr. Die Firma C. F. Schmidt, Altona, bewilligte den Zigarrenarbeitern Lohnzulagen bei 1 Sorte von 4 M, bei 1 Sorte von 3 M, bei 4 Sorten von 2 M, bei 9 Sorten von 1 M und bei 1 Sorte von 50 3 pro Mille. Die Sortierer erhielten Lohnzulagen für 24 Sorten Zehntel und Zwanzigstel 10 3, für 24 Sorten Bierzigstel 30 3, für alle übrigen Bierzigstel 20 3 pro Mille bewilligt. Die Firma F. C. Schwahe & Co. erhöhte die Sortierelöhne bei 7 Sorten Zehntel um 10 3, bei 8 Sorten Zwanzigstel um 10 3 und Schuß um 15 3 pro Mille. Die Wochenlöhne der Bekleber wurden um 50 3 und 1 M aufgebessert. (Nur Sortiererei.) Die Firma S. Simon & Co. (Sitz Mannheim) erhöhte die Löhne der Zigarrenarbeiter bei 1 Sorte um 1,50 M, bei 8 Sorten um 1 M und bei 3 Sorten um 50 3 pro Mille. Die Sortierer erhielten für 2 Sorten Zwanzigstel 10 3, für alle Bierzigstel 20 3, für Schuß 20 3 pro Mille. Der Lohn für Muster- und Luxuspackungen, sowie für Rechts- und Linksfortierung wurde ebenfalls erhöht. Der Stundenlohn wurde von 60 auf 70 3 gesetzt. Eine Bekleberin erhielt 1 M pro Woche Lohnzulage. Die Firma Traugott Söllner & Co. erhöhte die Löhne der Zigarrenarbeiter bei 1 Sorte um 2 M, bei 10 Sorten um 1 M pro Mille. Die Sortierer bekamen auf 11 Sorten Zehntel 30 bis 40 3, auf 45 Sorten Zwanzigstel 10 bis 30 3, auf 44 Sorten Bierzigstel 10 bis 50 3 pro Mille. Für Achtzigstel und Hundertstel wurde der Lohn um 50 3 pro Mille verbessert. Die Firma Fr. Spannhack erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 1 Sorte um 1,50 M, 5 Sorten um 1,20 M, 3 Sorten um 1 M und 2 Sorten um 50 3 pro Mille. Die Firma Frz. Stoßmann & Sohn erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 1 Sorte um 5 M, bei 1 Sorte um 3 M, bei 1 Sorte um 2 M, bei 1 Sorte um 1,50 M, bei 5 Sorten um 1 M, bei 6 Sorten um 50 3 pro Mille. Die Firma F. Tasto bewilligte den Zigarrenmachern auf 3 Sorten 1 M und auf 3 Sorten 50 3 pro Mille. Die Firma L. Wolff erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 2 Sorten um 1 M und 2 M pro Mille. Die Löhne der Zurichter wurden für Einlagerippen um 5 3, für Deckelattmachern um 10 und 15 3 pro Pfund aufgebessert. Die Firma Weisjlog & Fischer bewilligte den Zigarrenmachern auf 1 Sorte 2 M, auf 6 Sorten 1,10 M und auf 5 Sorten 50 3 pro Mille. Die Sortierer erhielten auf 26 Sorten Zehntel 10 bis 15 3, auf 33 Sorten Zwanzigstel 10 bis 20 3 und auf 10 Sorten Bierzigstel 10 bis 20 3 pro Mille bewilligt.

Spenge i. Westf. Die Firma P. Engelhardt & Biermann (Sitz Bremen) hat ihr Versprechen gehalten und zu den beschiedenen Lohnzulagen im Frühjahr nun abermals Lohnerhöhungen bewilligt, und zwar in Höhe von 25 und 50 3 pro Mille auf alle jene Sorten, die im Frühjahr unberücksichtigt geblieben waren. Den Bemühungen der Gauleitung und der Mitglieder unseres Verbandes ist dieser Ausgang zu danken.

Oeynhausen i. Westf. Die Firma P. Engelhardt & Biermann (Sitz Bremen) erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher für diejenigen Sorten, die im Frühjahr bei der Gewährung von Lohnzulagen unberücksichtigt geblieben waren, um 1 M bei 1 Sorte und 50 3 auf die anderen Sorten.

Herringshausen i. Westf. Der Streit bei der Firma Speth & Co. (Sitz Hamburg) ist für beendet erklärt, da die Firma den Filialbetrieb eingezogen hat. Die freitenden Kollegen sind meistens anderweitig in Arbeit getreten resp. treten anderweitig in Arbeit.

Leipzig. Der Streit der Sortierer dauert ungeschwächt an. Die Firma Apel & Brunner sucht an Stelle der Sortierer solche als „Meister“. Wir bitten Angehörte abzukommen. Bei F. W. Dieke ist Sortierer Richard Richter aus Eilenburg arbeitswillig geworden. Zugunsten wir streng fernzuhaltend.

Salze a. S. (Anhalt). Der Streit bei der Firma G. Schullze, die letzte Firma in Salze a. S., die noch nicht bewilligte, dauert unverändert fort. Vor Zugang nach diesem Betriebe wird streng gewarnt.

Bernburg. Der Streit bei den Firmen Georges & Braumann und H. Koch & Comp. dauert fort. Vor Zugang von Zigarrensortierern, Ristenbeklebern und Fertigmachern nach Bernburg, sowie nach Ottenheim in Baden und Neuses, Prov. Hessen (Firma Koch & Comp. oder Herm. Ernst & Comp.) ist streng fernzuhaltend. Auch wird gebeten, in neugegründeten Filialbetrieben dieser Firmen keine Arbeit anzunehmen. Ebenfalls Neugründungen von Filialbetrieben sind dem Verbandsvorstande zu melden.

Althea in Westfalen. Bei den Firmen H. Albrecht, C. Cosfeld, Eberhard Hart, Fr. Jde, G. Lewesde, H. Peters, Fr. Schulte, M. Steinweg und P. Schütte dauert der Streit fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Salzungen (Rippe-Deimold). Der Streit bei der Firma Aug. Brinckmann dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Geopoldshöhe i. S. Der Streit bei der Firma C. Gröpel dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Firma i. S. Die Firma F. W. Bafel, Frh. Georg Elisabeth, lehnte die beschiedenen Forderungen der Arbeiter ab, worauf dies am 18. Juli d. J. in den Streit traten. Vor Zugang wird gewarnt.

Schönlante (Prov. Posen). Der Streit bei den Firmen Ederdorf & Rosenberg, S. Grünbaum, A. Will Söhne dauert unverändert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Frankfurt a. M. Die Aussperrung bei der Firma Nestor Gianclis dauert fort. Vor Zugang von Zigarrenarbeitern wird gewarnt.

Frankenhausen a. Ruffh. Der Streit bei der Firma Rabener & Beder dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Pfungstadt. Der Streit bei der Firma Max Freund in Pfungstadt und Griesheim dauert fort. Vor Zugang nach diesen Betrieben, sowie nach König im Obenwald, wo man eine Filialfabrik zu gründen gedenkt, wird streng gewarnt.

Wintersdorf (S.-M.). Der Abwehrstreik bei der Firma W. Schlenzig dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Strasbourg. Seit dem 16. September befinden sich die Arbeiter der Cij. Tabakmanufaktur im Streit. Vor Zugang von Zigarettenmachern und Zigarrenmachern wird streng gewarnt.

Dröy a. Rhein. Der Streit bei der Firma H. Kerschlen dauert fort. Wie gemeldet wurde, kündigten die anderen Firmen aus Anlaß dieses Streiks die Mitglieder unseres Verbandes. Man will durch die Aussperrung dem Streit ein Ende machen. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Finkermalde (Prov. Brandenburg). Die in der Finkermalder Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben mit Recht seit vielen Jahren über unzureichende Entlohnung Klage geführt und auch mehrere Male den Versuch gemacht, eine bessere Entlohnung zu erreichen. Diese Versuche mißlangen an dem Verhalten der meisten Zigarrenfabrikanten und angesichts der Folgen der letzten Tabakbesteuerung. Nunmehr soll abermals der Versuch gemacht werden, gestützt auf die Organisation, eine zureichende Entlohnung zur Anerkennung zu bringen. Die zu diesem Zwecke aufgestellten Forderungen sind eingereicht. Für die Bewegung kommen 40 Betriebe mit 538 Arbeitern (darunter 469 Arbeiterinnen) in Frage. Die geforderten Löhne werden bereits von 10 Firmen, die 90 Arbeiter (darunter 58 Arbeiterinnen) beschäftigen, gezahlt. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Cottbus (Prov. Brandenburg). Die Firmen E. A. Demann, P. Metag, Wilh. Michal, B. Segal und Gebr. Stoh weigerten sich hartnäckig, die neu eingereichten Forderungen zu bewilligen, so daß nichts anderes übrig blieb, als die Arbeit einzustellen. Die Firmen Gebr. Dohr, Herm. Fischer, Max Konzack, Maxdorf, Ernst Stiller, W. Stiller Wm., sowie Gust. Riehl, Otto Schoep und Paul Schulze haben die Forderungen anerkannt und Lohnzulagen in Höhe von 25 3 bis 1,25 M pro Mille bewilligt und dabei den Minimallohn von 9 M pro Mille anerkannt. Vor Zugang nach den bestreikten Betrieben wird streng gewarnt.

Stuttgart. Die Firma Mich. Fischmann (Zigarettenfabrik) kürzte die Löhne um 25, 50 und 60 3 pro Mille. Eingeleitete Unterhandlungen führten zu keiner Verständigung, worauf die Arbeiter die Arbeit einstellten. Vor Zugang von Zigarettenarbeitern nach Stuttgart und Umgebung wird streng gewarnt.

Die Arbeitsverhältnisse bei H. Haschke, Filiale Frankenberg i. S.

Stillsch der Fremde, der nach einer gründlichen Prüfung eines Könnens, seiner Heimat, seiner letzten Arbeitsstelle, seiner Papiere und endlich auch seiner Zugehörigkeit zu unserer Organisation in diesen Mutterbetrieb kommt.

Wenn als ein solcher wird dem Arbeiter nach gut überfandener Prüfung der Betrieb dargelegt. Nicht allein betreffs der besonders betonten Vorkerlöhne von 6,75 M und 7,50 M, und 4 bzw. 4,50 M pro Mille fürs Wickelmachen, sondern auch in punkto Material. Und doch sind derartige Löhne bei einer so umständlichen, peinlichen Arbeitsweise wie sie bei Haschke Mode ist, viel zu gering. Es mag nicht unerwähnt bleiben, daß das Dredstoff selbst aufgesetzt und das Umblatt zum Verarbeiten fertig selbst zubereitet werden muß. Wir möchten wissen, wo die Herren den Mut herkommen, bei den fortwährenden Klagen, Schimpfen und Murren der Arbeiter das Material für gut zu erklären. Wie lange noch die Wickelmacher bei diesem Umblatt, Einlage wäre richtiger, sitzen bleiben, werden diese selbst am besten wissen. Das Prämienystem feiert wahre Orgien. Die Arbeiter beugen sich damit einem System, das ihnen ins eigene Fleisch schneidet. Denn mit 8 und in der Regel zwischen 12 und 15 M gehen hier Arbeiter und Arbeiterinnen nach Hause. Von 80 Arbeitern verdienen höchstens fünf 20 M oder mehr. Noch treffen werden die Arbeitsverhältnisse charakterisiert dadurch, daß Arbeiter aufföhen mit der Bemerkung, sie könnten bei einem so geringen Verdienst nicht existieren.

Wer, und sei es der älteste Arbeiter, seine Zahl nicht aus dem Dredstoff herausbringt, wird entlassen. Schlimmer kann die Profitmacherei nicht walten als hier. Dafür bekommen diese Leute dann für „erfolgreiches“ Arbeiten ihre „Prämie“. Herr Klitta, früher Sortierer, heute erster Meister, der vom Zigarrenmachen so wenig wie gar keine Ahnung hat, kann sehr leicht am Schreißpult ausrechnen, wieviel aus dem Tabak herausgeschunden werden muß. Wir möchten diesen Herrn in Gesellschaft des zweiten Meisters Schulze einmal am Rollbrett sitzen sehen. Ob sie etwa die Prämie zusammenzählend und mit 15 M pro Woche eine Familie ernähren könnten? Vielleicht wären sie die ersten, die in den „Deutschen Tabakarbeiter-Verband“ gingen, auf welchen Herr Kl. am 27. September wieder einmal eine vernichtende Kanonade losließ. Warum diese Leute? Gibt's vielleicht weniger „Prozente“? Solche Reden, sowie die schändliche Behandlung bringen den Arbeitern hoffentlich erst recht zum Bewußtsein, wo sie wahren Schuß ihrer Interessen finden. Mit dem Schußsystem glaubt man doch nicht die Arbeiter an den Betrieb zu binden? Der Ausbruch „Laubenschlag“ ist bei dem fortwährenden Wechsel der Arbeitskräfte wirklich nicht zu hart. Der „vornehme Ton“ und Arbeiter gegenüber bedarf einer gründlichen Änderung. Auf keinen Fall hat ein Meister das Recht, uns wie Kinder zu behandeln. Wir fühlen uns nicht als Sträflinge, denen Reden und Sagen verboten ist, oder haben diese Herren, als sie noch am Arbeitstisch waren, ein Schloß am Munde gehabt?

Wir glauben im Interesse der Kollegenchaft zu handeln, wenn wir sie vor etwaiger Arbeitsannahme bei Haschke warnen. Denn der erste Meister erklärte unter Hinweis auf das nach Weihnachten in Kraft tretende Lohnarbeitergesetz einen neu angelegenen Kollegen, er möge sich doch anderweitig Arbeit beschaffen, wozu jetzt die beste Zeit sei, denn nach Weihnachten müßten die längst angegangenen den Heimarbeitern Platz machen. Sine dem darauf aufhörenden Kollegen wurde zwar gesagt, es beziehe sich nur auf den einen. Wohl deshalb auf diesen, weil derselbe über die schlechten Arbeitsverhältnisse rebete und den Eintritt in den Verband als einziges Mittel zur Besserung der beschiedenen Mißstände empfahl. Die Arbeiter haben es in der Hand, die heutigen Arbeitsverhältnisse zu verbessern mit Hilfe ihrer Organisation. Nicht schimpfen, sondern organisiert handeln, küßt hier, und lieber heute als morgen. A. B.

Berichte.

Bozum. Die am 4. Oktober tagende Branchenversammlung der Kautabafabrikanten nahm Stellung zu dem ablehnenden Beschluß des Vorstandes zur Maßregelung des Kollegen E. Westhörn bei der Firma Carl Cramer, Bozum. Die Versammlung erklärt wiederholt, daß nach Lage der Verhältnisse die Entlassung des langjährigen 1. Bevollmächtigten E. Westhörn nur als eine Maßregelung zu betrachten ist. Sie erklärt, daß in der stattgefundenen Betriebsversammlung in Gegenwart des Kollegen Liebermann-Bremen eine Klärung innerhalb einer Stunde unmöglich war. Die in der stattgefundenen Vermittlungsverhandlung mit obigen Fabrikanten angeführten Entlassungsgründe bestätigen den Beschluß der Versammlung auf Maßregelung noch mehr. Die Versammlung behauptet im Verbandsinteresse den Beschluß des Vorstandes und beschließt einstimmig, Protest gegen den ablehnenden Vorstandsbeschluß beim Ausschuß einzulegen. Es wurde noch das provokatorische Verhalten des Herrn C. Cramer kritisiert.

Orson. Der Streik bei der Firma Heinrich Kersten dauert noch unverändert fort. Herr Kersten hat es noch nicht für nötig befunden, seinen Arbeitern in irgend einer Weise entgegenzukommen zu zeigen. Er zieht es lieber vor, seinem Jagdbergnügen nachzugehen, als den Vertreter der Arbeiter zu empfangen. Als Arbeitswillige arbeiten im Betriebe noch wie vor: Wilhelm Jansen und Heinrich Jansen, beide aus Nees a. Rh., Pommerin aus Emmerich (taubstumme) und außerdem die ganze Familie Teichmann aus Kalken (Vater, Mutter, zwei Töchter und zwei Söhne). Außer vorgenannten arbeiten immer noch weiter auf Anordnung ihres Betriebsvorstandes die 4 Mitglieder des christlichen Verbandes. Wie wir hören, sollen dieselben am Sonnabend,

dem 6. Oktober, ihre Kündigung erteilen. Offenbar wird dieses auch zur Wahrheit gemacht; denn die Verhandlungen ihres samsonischen Einigungsverfahrens (Bezirksgerichts) sind gescheitert. Auf Grund dessen, daß ersiens unsere Mitglieder annähernd 3 Wochen im Streik stehen und daß die Verhandlungen dieses Bezirksgerichts gescheitert sind, wurde am 2. Oktober sämtlichen unseren Mitgliedern durch folgenden Ulas gekündigt: „Infolge Beschlusses des Fabrikantenverbandes werden die Zigarrenarbeiter der freien Gewerkschaft hiermit gekündigt.“ Wirklich gar zu nett! Auf das Scheitern der Verhandlungen des Bezirksgerichts mit den Christlichen werden die Mitglieder der freien Gewerkschaft gekündigt. Es mag diese Maßnahme vielleicht nur ein Scherzspiel sein. Aber das kann ruhig ausgesprochen werden: unsere Mitglieder nahmen diesen Bruttalitätsakt der Fabrikanten mit Mädeln auf. Darauf, daß nur den Zigarrenarbeitern gekündigt wurde, gingen sofort die Wickelmacher, Wickelmacherinnen und Juristinnen hin und kündigten selbst. Es werden somit von unserem Verbands am 12. Oktober 100 Kollegen und Kolleginnen auf dem Pflaster stehen. Den Kämpfern rufen wir zu: Halte fest und treu zusammen, dann wird der Sieg an unsere Fahne geheftet! Folgende Firmen haben ihren Arbeitern gekündigt: Firma Joh. Kirking, Inh. Gebr. Kleine, Firma Fetels & Hagemann, Firma Gebr. Bierhans und Adolf Zendering.

Werke. Das Ende des Streikes bei Caprano & Gruhn in Werke. Am 3. Oktober fanden im Hause der Mindener Handelskammer zwischen dem Geschäftsführer der Firma Caprano & Gruhn, Herrn Käse, der Kommission der Arbeiter und dem Geschäftsführer Verhandlungen statt. Die Firma bewilligte einstimmig der im Sommer gemachten Aufbesserungen, die sich auf 11 Sorten bezogen, auf 31 Sorten Lohnzulagen, und zwar auf

Sorte 25 3, 1 Sorte 2 M und auf 20 Sorten 50 3 und 1 M. Maßregelungen finden nicht statt. Am Sonnabend beschloß die Streikenden einstimmig, auf Grund dieser Zugeständnisse die Arbeit aufzunehmen. Einige bessere Sorten wurden nicht aufgegeben. Der Sieg der Werker Kollegen bedeutet eine Niederlage des „Christlichen“ Streikbrecherverbandes. Aus Prinzip hatte der „Christliche“ Verband seine Mitglieder angewiesen, Streikbrecher zu spielen. „Christlich“ organisierte Arbeiter haben versucht, der Firma Streikbrecher zuzuschleppen. Ja, als ein so unworbener Kollege darauf hinwies, daß er bei Caprano & Gruhn nicht solch gute Arbeit bekäme, wie er habe, erbot sich der „Christliche“ Agitator, seine bessere Arbeit an ihn abzutreten, er wolle dann die schlechtere nehmen. Was hat nichts genutzt, die Streikenden sind Sieger geblieben. Treue dem Deutschen Zigarbeiter-Verband und Kampf gegen die „Christliche“ Streikbrecherorganisation, das gelobten die Streikenden am Sonnabend in der Schlussversammlung, und begeistert stimmten sie ein in das Hoch, mit welchem Kollege Jeschke die Versammlung schloß.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preislisten, Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier, Tragent, Muster etc.

Heute erscheint

Liste 201

mit unzähligen Abbildungen



FAÇONS
enthaltend

Meyer & Weiss, Rohrtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bände-Bahnhof

Ciro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Kollkredit.

Spezialität in Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grasses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis für

I. Sortierung per Pfund	3.00 Mk. verz.
II. Sortierung per Pfund	2.50 Mk. verz.
III. Sortierung per Pfund	2.00 Mk. verz.

von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt. Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt.

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Nachnahme. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

Zum Vertrieb der Zisch-Zigarren und Zisch-Zigaretten,

hergestellt von feinererget ausgebildeten Tabakarbeitern der zahllose Schönwald, welche alle freigewerkschaftlich und politisch organisiert sind, werden allerorts für größere Plätze oder Rayons Vertreter gesucht. Kollegen, welche sich für den Vertrieb befähigt halten, wollen ihre Adresse mit näheren Angaben an die **Zigarren-Industrie, Schönwald**, einreichen.

W. Hermann Müller

= Berlin, Magazinstrasse 14 =

Java-Umblatt No. 7124

sehr lieferungsfähig, leicht und brandsicher, nur M 1.50 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869

2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M 2.25 pr. Pfund verzollt.

Bestellen Sie Muster!

Carl Roland, Berlin SO. 26

Kottbusserstrasse 4. [5]

Sumatra-Tabake M. 1.60, 2.50, 3.20, 3.50, 3.80, 4.00, 5.50. Borstenland-Decken M. 2.70, 3.10, 3.60. Java-Einlage M. 1.20, 1.80, 1.40. Java-Umblatt M. 1.75, 1.85. Brasil M. 1.30, 1.50, 1.85. Alle anderen Tabake billigst; reellste Bedienung.

Rohrtabak-Handlung

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen

Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 25. [25]

J. H. Koopmann

Berlin N., Brunnenstrasse 183

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Längen à 250 bis 500 g, hell ff. 600 g. Vorstenlanden-Decke, dunkel, bester Mexiko-Ertrag, à 280 g, helle Rehrdecke à 300-400 g. Java-Einlagen à 110-125 g. Java-Aufarbeiter à 180-145 g. Java-Umblatt à 150-190 g. Mexiko-Decke ff. 450 g. Brasil à 150-190, Decke à 350 g. Havanna à 850 g, Cuba à 200 g. Domingo à 120-170 g. Carmen à 120-155 g. Uckermarkler Ia. à 105 g. Losgut Blattware, à 105 g m. Dedgung Blatt-Rampungen à 125 g. Wickelformen, gebraucht, gut erhaltene Schiffs-Abbrüche gratis und franco.

Pressen verschraubt, Holzfuß u. Holzdruckplatte in sehr harter Ausführung, 4eckige Erdrer, 10. sonst 11 M. nur..... 10 M. Presskasten, Bündelbinder, Rollbretter, Arbeitsmesser, Lack, Papier, Band, Ringe, Etiketten. Summi-Traganat. Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Stöbe. Zigarettenreife per Pfund versollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Esconto. Verlangen Sie Preisverzeichnisse.

Kein Interessent

versäume

unsere Preisliste 23 und Wickelformbogen einzufordern.

Wir liefern

Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formenpressen, Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier

und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu und gebraucht, in unerreichbar Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Wer Geld sparen will

besucht seine Rohrtabake u. Utensilien aus erster Quelle von uns!

L. Cohn & Co., Berlin N.

Brunnenstrasse 24

Größtes Lager in gebrauchten Rohrtabak... bestes preisliches Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohrtabak- und Maschinen-Branche.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfiehlt in befannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 g	Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 g
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 g	Havanna 200, 250, 300, 400 g
Java-Decker dunkel 220 g, hell 260, 280, 300, 320 g	Decker 700 g
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 g	Yara-Guba 200, 220 g, feine Qualität
Java-Einlage 95 g, mit Umbl. 110, 120, 130 g	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 g
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 g	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 g
Brasil-Decker 175, 200, 210 g	Domingo-Umbl. 110, 120, 130 g
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 g	Domingo-Einlage und Umblatt 100 g
	Rio-Grande-Decker 120, 130 g
	Einlage 110 g
	Losgut, nur überfeinste Original-Tabake, meist Umblatt, 100 g, beste Sorte leicht und sehr blattig 110 g

Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassons von 50-150 g Schiffchen-Abdrücke verschle gratis und franko.)

Kasse, schmiedeeisernes Formenpressen mit Flaschengewinde, besonders für gefaltet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Traganat, allerfeinste Ware, größte Reichhaltigkeit, per Pfd. 25 g. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 180 g. Bastbandelband, grau und lauchfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 g. [9]

Preis pro Pfund verzollt einschliesslich Verzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Die Zigarren-Industrie Zild, Schönwald,

gibt an die Kollegen

eine Anzahl überschüssiger beinahe neuer Formen von 50 g an ab. Formmuster kostenlos.

Günstige Gelegenheit für Anfänger!

Kleine Zigarrenfabrik mit Ladengeschäft in reizender Suburbiaer Mitt-Schicht mit guter Lage ist umständehalber sofort preiswert zu verkaufen.

Dieses besteht aus nur guten Arbeitsutensilien, modernen Formen-fassons und kompletter Labormeinrichtung mit Barabestand. Übernahme nach Vereinbarung. G. verbleben. Kapitaleinlage ca. P. 50 an die Expedition dieser Zeitung.

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220 g	Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hell bis fast, 260 g
Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und weißig, 300 g	Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitäts-tabak, 320 g
Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitäts-tabak, 350 g	Java-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfarb, 200 g
Vorstenland-Decker Nr. 513, 1.2g. Vollblatt, hellbraun, 260 g	Vorstenland-Decker Nr. 512, 2.2g. Vollblatt, hell, 320 g
Brasil-Decker, tiefdunkel, sehr günstig bedend, 240, 270 g	Mexiko-Decker, dunkler Qualitäts-tabak, 3 Pfd. bedend, 400 g
Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170 g	Domingo-Umblatt, großblättrig, trocken, 120, 135 g
Carmen-Umblatt, hart, gut schmeckend, 120, 130, 140 g	Seedleaf, feine Qualität, 145 g
Java-Einlage 105, 110, 115 g	Carmen-Einlage 105, 110 g
Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 g	Losgut, allerbeste Ware, viel Umblatt, 100 g

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 42.

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10]

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft. Bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Unsern Kollegen E. Dierke und Emilie Dierke, Wilhelm Werfelshausen und Wilhelm Werfelshausen zu ihrem 25jährigen Verbands-jubiläum, sowie den Kollegen Wermeister Gust. Werndt und Carl Werndt zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche. Mögen die Kameraden in geistiger Frische und Gesundheit noch recht lange in unseren Reihen kämpfen. Die Ortsverwaltung Werfelshausen.

Briefkasten.

Wersburg 180 g.

Offiziere bis. Hundert Zentner

gemischte fertige Zigaretteinlage

pro Pfd 25 g. bei Abnahme von 100 Pfund 20 g. M. Besondere Sorgfältigkeit. Feinste Mischung zu 5 g. Zigaretten. 12. Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Pflanzstr. 1.

1. Magdeburger Zigaretten-Fabrik der Provinz. — März 1908

Druckfachen Schmalzfeldt & Co., Bremen.

= Hier alles liefert schnell und billig =

fehls. Ihre Vertretung übernimmt der deutsche Sachmeister Börlig.

Bierkowitz, Oberwachmeister.

Mit dem Karabiner zur Unterdrückung des Streiks kommandiert! Ein solches Kommando wird nicht vereinzelt dastehen, nur zufällig kam dieses hier an die Öffentlichkeit. Ist es da ein Wunder, wenn bei den Kleinsten Streiks und bei den geringsten Unfällen Streikende einfach über den Haufen geschossen werden? Wie kann der Polizist, Gendarm und Soldat nach streng militärischem Drill seine Aufgabe anders auffassen, wenn er zur Unterdrückung des Streiks mit dem Karabiner kommandiert wird? Dafür zahlen also die deutschen Steuerzahler ihr sauer verdientes Geld zur Erhaltung der Sicherheitsmännschaften, um bei Ausübung des ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts auf Kommando über den Haufen geschossen zu werden. Gut nur, daß diese höhere Bestimmung der Polizeimännschaften bei Streiks sich nicht mehr auf Vermutungen stützt, sondern einmal aktenmäßig belegt ist. Die deutschen Arbeiter aber werden sich gegen diese ungehörliche Einmischung der Polizei in ihr wirtschaftliches Recht zu wehren wissen, um nicht russische Zustände bei uns zu Lande durch neue Zuchthausgesetze noch gesetzliche Sanktionen erteilen zu lassen. Schutz gegen die revolvierbewaffneten Streikbrecher und die zur Niederdrückung mit Karabinern kommandierten Polizisten haben die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter zu verlangen!

Canada. Um eine stets wiederkehrende Streitfrage zu erledigen, veranstaltete der Verband der Gewerkschaften in Britisch-Columbien unter seinen angeschlossenen Gewerkschaften eine Urabstimmung darüber, ob die Grundsätze des Sozialismus anzuerkennen seien. Mit einer Majorität von 5 zu 1 wurde die Frage bejaht.

Berichte.

Berlin. Eine Brandenburger Versammlung für die in der Zigarettenindustrie beschäftigten Mitglieder fand am 25. September statt. Die Tagesordnung lautete: Welche Aufgaben hat die Sektion? Der Referent, Kollege Hermann Werner, bemerkte einleitend, daß der Zweck unserer heutigen Versammlung nur der sein kann, daß wir nach bestimmten Richtungen hin eine allgemeine Abstimmung herbeiführen. Dann führte er etwa folgendes aus: Wir haben seit jetzt einem Jahrzehnt bedeutende Verbesserungen an unserer Verbandsform vorgenommen bzw. notgedrungen vornehmen müssen. Ich erinnere an die Einführung der Arbeitslosen-, Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung. Eine der wichtigsten Einrichtungen war wohl die Gaueinteilung mit möglichst bestellten Gauleitern an der Spitze. Nach Beschluß der letzten Generalversammlung können nun in fast allen, in denen 10 Mitglieder einer Branche vorhanden sind, Sektionen gebildet werden. Davon haben wir nun auch hier Gebrauch gemacht. Es ist ja wohl auch noch in guter Erinnerung, daß gerade von hier aus diese bezüglichen Anregungen und Entwürfe gestellt wurden. Es ging bekanntlich von den Zigarettenarbeitern aus. Die Verwaltung selbst war dagegen und begründete dies damit, daß sie erst noch lernen müßten. Man traute also den Zigarettenarbeitern noch nicht zu, ihre Angelegenheit selbständig regeln zu können. Ich nehme an, daß man heute wohl anderer Ansicht ist. Nun haben wir oft erlebt, daß in den Mitgliederversammlungen den Angelegenheiten der einzelnen Branchen das Interesse nicht bargebracht wurde, was eben notwendig ist. So ist es nun mit Freunden zu begründen, daß auch darin Wandel geschaffen worden ist. Es wäre aber nun auch Pflicht der Generalversammlung gewesen, Schritte aufzustellen über die Aufgaben der Sektionsleitung, resp. über die Befugnisse derselben innerhalb oder im Rahmen der Zigarettenfabrik. Vielleicht sollte das der Vorstand noch nach, oder wenn dies nicht geschieht, wird es Pflicht der Ortsverwaltung sein, zusammen mit den Sektionsleitungen ein diesbezügliches Regulativ auszuarbeiten und dann der Mitgliederversammlung zum Beschluß vorzulegen. Es ist dies um so notwendiger, damit zwischen den Arbeitgebervereinigungen ein gebrüderliches Zusammenarbeiten im Interesse der gesamten Mitglieder erwirkt wird. Uebergehend zur eigentlichen Kernfrage, meinte der Referent, daß es einem Zentralvorstand nicht möglich ist, die Agitation und Organisation an allen Orten Deutschlands aus eigener Kraft einheitlich zu regeln, so hat man die Gaueinteilung vorgenommen. Ebenso liegen die Dinge auch in einer großen Zahl von Gaueinheiten. Denn neben der Ortsverwaltung hat ja ständig eine Agitationskommission bestanden. Ob diese Kommission sich noch weiter notwendig macht, muß die Zeit lehren. An diese Stelle treten nun die Sektionsleitungen. Zweifellos sind wir doch noch auf alle der Meinung, daß diese nicht allein, sondern alle Mitglieder zur Arbeit herangezogen werden, bzw. ihre Schuligkeit tun müssen. Die Sektionsleitung hat die Befugnisse, Angelegenheiten ihrer Branche selbständig zu regeln. Sie hat die Aufgabe, durch geeignete Vorträge die geistige Regsamkeit der Mitglieder zu fördern. Des weiteren ist die Agitation in die Wege zu leiten, die wirtschaftliche Lage der Branchenangehörigen zu untersuchen und bei Lohn- und Tarifbewegungen die erforderlichen Vorarbeiten zu machen. In der Debatte ergänzten die Kollegen N. i. m. e. r. g. u. t. und K. e. i. z. e. l. die Ausführungen des Referenten. Kollege R. a. t. a. j. a. z. a. r. regte an, um die Fluktuation der Mitglieder einzudämmen, der Zusatzvereinbarung näherzutreten. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung drehte sich die Debatte zum größten Teil um die Tarifbewegung, an der sich eine Reihe von Kollegen beteiligten. Leider muß die beschämende Tatsache konstatiert werden, daß die Versammlung miserabel besucht war; ein Zeichen der großen Unlust der Kollegen. In einer so ernstlich und bewegten Zeit müssen die Tabakarbeiter in erster Linie auf dem Posten sein. Wollen wir eine stete Gefundung und dauernde Besserung der wirtschaftlichen Lage am Orte herbeiführen, dann muß ein jeder regsam und tatkräftig sein. Offenlich genügt dieser Hinweis und werden künftig die Versammlungen besser besucht werden.

Stuttgart. Die Firma Michael Fischenmann, Zigarettenfabrik in Stuttgart, hat am 1. Oktober Lohnabzüge von 25, 50 und 80 % pro Woche gemacht. Hieraus ergeben sich Lohnabzüge von 2,5 4,50 und 5,40 M pro Woche. Um diese Lohnabzüge glatter durchzuführen zu können, wurden die bislang beschäftigten Arbeiter entlassen und neue Arbeitskräfte in Juffenhausen angeworben. Als Werkbesitzer hat sich die Firma Fischenmann den von der Waldorfs-Wistoria entlassenen Werkführer Ewinson erkoren, der nun bei Fischenmann eine Werkstätte inne hat. Im Anbetracht der Tatsache, daß der traurigen Lohnverhältnisse in der Zigarettenindustrie, der permanenten Verteuerung aller Lebensmittel und der gesteigerten Marktpreise usw. ist dies ein so schädliches Gebahren der Firma Fischenmann, daß die Zigarettenarbeiter und die Verbandsvertretung sich genötigt sehen, sich an die breite Öffentlichkeit zu wenden. Wir hoffen, daß die organisierte Arbeiterschaft Stuttgart sich dieses Gebahren merkt und ins Gedächtnis prägt. Nähere Mitteilungen über die Beschäftigten genannter Firma sowie deren Marken werden in den nächsten Tagen folgen. Die Namen und Adressen derjenigen Arbeiterinnen, welche sich als Krankenträger gebrauchen lassen und eigens dazu ihr altes Arbeitsverhältnis kündigen, um bei Fischenmann die Lohnabzüge zu machen, werden wir in geeigneter Weise veröffentlichen.

Strasbourg. Wie bereits bekannt gemacht, stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Elsassischen Tabakmanufaktur zu Strasbourg-Neudorf im Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die zuständigen Instanzen haben über die Firma den Vorhalt erklärt. Es handelt sich um Zigaretten und wird besonders die Marke R. t. z. a. n. d. e. l. gen. von Arbeitern geraucht. Nachstehend lassen wir die von der Firma hergestellten Marken folgen und fordern die Kollegen auf, beim Abholabgleich sich überall zugunsten der Kampfbanner zu wirken: Rothhäubchen, Elegantes, Vogesia, Algerisches, Löwenzigaretten, Francaise, Garas, Balkonzigaretten, Goldhäubchen, Helvetia, Perle der Schweiz, Vogesia-Gamb, Rechte, Mariland, Elegantes, Hamb.

Verbandsstil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 8046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Weiland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Kaufmännervereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 3349 beim Postämteramt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Nieddorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Nach § 15 des Statuts wurden ausgeschlossen: Wegen Schädigung der Verbandsinteressen, in Blotho die Sortierer Wilh. Beerentkämper, Buch S. II 40 946, aufgen. 25. 8. 08, und Fr. Beerentkämper, Buch S. II 40 946, aufgen. 24. 1. 1910.
Der Zigarettenmacher Jünger Leopold Dlig aus Embsbüren, geb. am 17. 10. 1891, eingetr. am 1. 5. 1907, reist auf ein schweizerisches Mitgliedsbuch und hat auf dieses in den Zigarettenfabriken in Baden, Dornburg, Karlsruhe und Neulupheim Arbeitslosenunterstützung erhoben. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich obiger Kollege aufhält, werden ersucht, das Buch einzuschießen und an den Vorstand einzufenden. Arbeitslosenunterstützung darf an Obigen nicht ausbezahlt werden. (E. 1908.) Der Vorstand.

Abrechnungen für das 3. Quartal gingen ein in der Zeit vom 1. bis 7. Oktober:
Gau Hamburg: Elmshorn, Wilm, Bremen, Hamburg, Iphofe.
Gau Braunschweig: Bernigerohe, Bernburg, Braunschweig, Dranienbaum, Burg bei Magdeburg, Goslar, Herzhausen, Magdeburg.
Gau Nordhaußen: Rottenburg a. L., Schnellmannshausen, Beckleshausen, Helfa, Hess-Lichtenau, Mühlhausen i. Th., Ermischwerdt, Mühlshammern, Nordhaußen, Walschappel.
Gau Gersford: Lemgo, Südbommern, Groß-Nischen.
Gau Köln: Drösch.
Gau Frankfurt: Seligenstadt, Niederobendach, Klein-Mußheim, Klein-Kreuzberg, Hainstadt.
Gau Heilberg: Weerschen, Weimen, Weildorf, Kaiserlautern, Weichdorf, Speier, Unterwischheim, Weiringen, Schwesingen, Ruffloch.
Gau Karlsruhe: Brud bei Erlangen.
Gau Gersfurt: Bamberg, Salungen, Bögmied.
Gau Dresden: Penitz, Döbeln, Seiffenhammerdorf, Frohburg, Erdmannsdorf, Partha, Pirna, Schönfeld, Johannegeorgentadt, Hänichen, Ober-Ottendorf.
Gau Berlin: Krebzin, Wolfersdorf, Potsdam, Schwedt a. D.

Vom 1. bis 7. Oktober 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeiträge, E. = Ertragsbeiträge, A. = Annoucen, P. = Protokolle der Generalversammlung, Z. = Zuträgungsgeld):
26. September: Stargard in Pr. B. 30.—, 28. September: Elbing B. 100.—, Gücklitz B. 100.—, Pflungstadt B. 200.—, Magdeburg B. 300.—, Goch B. 150.—, Neuruppin B. 100.—, Krebzin B. 200.—, Spradow B. 120.—, Kirchlingern B. 150.—, Walldorf bei Heilberg B. 40.—, Würzburg B. 200.—, Schwepnitz B. 30.—, Erdmannsdorf B. 80.—, Gücklitz B. 850.—, Giebarn B. 150.—, 29. September: Weiringen B. 80.—, Mühlshammern B. 25.—, Hainichen B. 26.—, Ebenhausen B. 30.—, Frankenberg B. 500.—, Frankfurt a. d. O. B. 250.—, Eppendorf B. 10.—, durch H. Schubert. 30. September: Mühlhausen in Thür. B. 100.—, Helfa B. 108.05, Lichtenau in Hessen B. 121.41, Ershöhe B. 350.—, A. 0.60, Rottenburg B. 70.—, Klein-Steinheim B. 180.50, Seiffenhammerdorf B. 100.—, Dähme B. 400.—, Döhau B. 200.—, Freuden B. 45.—, Neumünster B. 60.—, Dessau B. 75.—, Seligenstadt B. 20.—, Dresden B. 500.—, Waldheim B. 200.—, Freyberg B. 85.—, Weisch B. 160.—, Proßdorf B. 80.—, Zittau B. 59.65, Heppenheim B. 60.—, Neuenkirchen B. 50.—, Grimma B. 100.—, Gudramstein B. 150.—, Klein-Mußheim B. 108.05, E. 1.50, P. 9.10.
1. Oktober: Pirna B. 100.—, Jüterbog B. 150.—, Bernigerohe B. 100.—, E. 12.25, Drösch B. 150.—, Rannhof B. 50.—, Penitz B. 66.—, Döbeln B. 100.—, Gera B. 500.—, 2. Oktober: Elmshorn B. 50.—, Frohburg B. 50.—, Brud B. 100.—, 3. Oktober: Hoozborf B. 30.—, Nordhaußen B. 907.—, P. 3.—, Dranienbaum B. 200.—, Fährtenwalde B. 170.25, E. 9.75, 4. Oktober: Ebingen B. 100.—, Wühlberg B. 100.—, P. 1.20.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einfindung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnütze Portomaisgaben vermieden werden. Da noch immer von einer Anzahl Zahlstellen übersehen wird, die Zahlkarten mit dem Zahlstellenstempel zu versehen, so ersucht es sich, in Zukunft die Zahlstellen gleich nach Empfang mit dem Verbandsstempel versehen zu wollen.
Damit die Zahlung von etwa erforderlichen Zusätzen durch unser Postcheckkonto erfolgen kann, wolle man die Bestellung rechtzeitig beim Vorstand einreichen. Falls Zahlkarten genuligt werden, bitte dieses auf dem Wschmitt vermerken zu wollen, damit die Zufundung erfolgen kann.
Bremen, den 7. Oktober 1912. W. Nieder-Weiland.

Adressen der Gauleiter.

Gau Hamburg: Rudolf Hadelberg, Altona, Eimsbüttelerstraße 10
Gau Braunschweig: Heinrich Worag, Braunschweig, Gils-Maroderstraße 51 I
Gau Nordhaußen: Hermann Schmidt, Salza i. Nordhaußen, Grenzstraße 19
Gau Gersford: Wilh. Schlüter, Gersford i. W., Kurfürstenstr. 8
Gau Köln: Ludwig Klein, Köln, Heinrichstraße 10 II
Gau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Frankfurt a. M., Gneisenaustraße 118 II
Gau Heilberg: Christ. Stod, Heilberg, Hauptstr. 113 a
Gau Offenbau: Georg Durban, Offenbau, Zurnhallenstr. 11 I
Gau Karlsruhe: Adolf Heising, Karlsruhe, Werberstr. 95, pt.
Gau Gersfurt: Dom. Vieien, Gersfurt, Willomstr. 3 II
Gau Dresden: Otto Bengel, Dresden, Rigenbergstr. 9 III
Gau Breslau: Mar. Clemen, Breslau IV, Feinbstr. 46 II
Gau Berlin: Max Riesel, Berlin-Mittemdorf-West, Eichhornstr. 87 I
Gau Elbing: Robert Hengschel, Elbing, Erste Nebenstr. 13

Vom Vorstande sind ernannt:

Stuttgart: 3. Bev. Max Rumbred.
Schulante: 1. Bev. Friedr. Thomas.
Unterwischheim: 2. Bev. Friedrich Wimbshedel.

Adressenänderungen.

Gütern a. S. Der 1. Bev. Louis Vertram wohnt Kolthenburgerstr. 9.
Eisenach. Der 1. Bev. Paul Gully wohnt jetzt Köpping Nr. 6, pt.
Neustadt (O.-Schl.). Der 1. Bev. Franz Barth wohnt Löhnerstr. 87.
Melsrich. Der 2. Bev. Wilhelm Kreyer wohnt Frankfurterstr. 9 IV.
Dittl. Die 1. Bev. Marie Dietrich wohnt Stalbederstr. 14 III.
Schulante. Der 1. Bev. Friedr. Thomas wohnt Friedenstr. 1.
Dranienbaum: Der 2. Bev. S. Hempel wohnt Schloßstr. 14.
Rendsburg. Der 1. Bev. S. Schröder wohnt Neumeyer-Gärten, 2. Gang Nr. 24 a.
Unterwischheim. 2. Bev. Friedr. Wimbshedel.
Wittenberge. Der 1. Bev. Emil Köhle wohnt Auguststr. 20 b, pt. r.
Buzen. Der 2. Bev. Ulfred Margen wohnt Stadtr. (Neubau neben Friedmann).
Berlin. Das Verbandsbureau und Arbeitsnachweis befindet sich ab 1. November: Dresdenerstraße 8a, II.

Untertütigungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung, K.-U. = Krankenunterstützung.
Guben: A.-U. und K.-U. werden ausgezahlt bei Herrn. Droge, Schöpfstr. 8, Seitenstraße.
Neuzercher: A.-U. und K.-U. werden ausgezahlt bei Bruno Sommer, Baisstr. 62 a, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr; Sonn- und Feiertags von 11 bis 1 Uhr mittags.
Buzen: A.-U. und K.-U. beim 2. Bev. Ulfred Margen, Stadtr. (Neubau bei Friedmann).

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:
Für den Gau Hamburg: Altona: Gottlieb Ohttag, Bureau: Eimsbüttelerstraße 10.
Für Bremen: Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
Für den Gau Braunschweig: Braunschweig: Ernst Sparckase, Mauernstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.
Für den Gau Nordhaußen: Nordhaußen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
Für den Gau Gersford: Gersford: Wilhelm Schlüter, Bureau, Kurfürstenstraße 9.
Für den Gau Köln: Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
Für den Gau Frankfurt a. M.: Gießen: Heinz Riegel, Gießstr. 84, III. Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Weimar.
Ganau: Konrad Gräbner, Nordstraße 58. Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Korbfeld (Pröding Hefsen-Massau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Schwaben (Königreich Bayern).
Für den Gau Offenbau: Offenbau: Georg Durban, Zurnhallenstraße 11 I.
Für den Gau Heilberg: Heilberg: Gauleiter Chr. Stod, Hauptstr. 113 a, II. Seitenbau.
Für den Gau Karlsruhe: Karlsruhe: Ad. Heising, Werberstraße 95, pt.
Für den Gau Gersfurt: Gersfurt: Anton Fischer, Uebeleberstraße 28. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
Für den Gau Dresden: Dresden-M.: Joseph Domeyer, Rigenbergstr. 2 III, Zimmer 84. Walter Robis, Dresden-Nischen, Tornauerstr. 58, pt., für die Sortierer.
Für den Gau Breslau: Breslau: Wilhelm Krämer, Kupferschmiedestraße, Ede Oderstraße 29 I.
Für den Gau Berlin: Berlin: Alwin Schulze, Berlin C., Große Hamburger Straße 18/19, Verbandsbureau.
Für den Gau Elbing: Elbing: Robert Hengschel, Erste Nebenstraße 13.
Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweis für Sortierer.

Dresden: Walter Robis, Dresden-M., Tornauerstr. 56.
Leipzig: Herr. Rosenficht, Leipzig-St., Kreuzstr. 38, 6 II.
Witth: Heim. Wattermann, Witth, Wäckerstr. 33.
Mühlhausen i. Thür.: Emil Kothe, Roienstr. 8.
Freiberg: Carl Feldmann, Birzentaltstr. 6 II.

Mitglieder-Versammlungen.

Wer in dieser ersten Zeit die Versammlungen versäumt, schädigt sich und die ganze Tabakarbeiterchaft!
Sonnabend, den 12. Oktober:
Chemnitz: Ab. 3/4, Planische Bierhalle. T.-D. wird bekannt gegeben.
Mühlhausen: Ab. 8 1/2, Kaiser Wilhelm. T.-D.: Abrechnung, Lohnbewegung, Agitation.
Salungen: Bei Karl Huhn. T.-D. wird bekannt gegeben.
Stuttgart: T.-D. wird bekannt gegeben.
Sonntag, den 13. Oktober:
Burgdamm: Nachm. 4, h. Neuhau. T.-D.: Abrechnung; Unsere beruflose Lohnbewegung (Ref. Goul. Hadelberg); Verschick.
Kraze: Nachm. 1 1/2, h. Heimlicher. T.-D. wird bekannt gegeben.
Eberbach: Nachm. 5, an bekannter Stelle.
Katzdam: Mitt. 1, Vereinslokl. T.-D.: Abrechnung, Verschickenes.
Baidorf: Nachm. 5 1/2, h. Sasse, Horst. T.-D. wird bekannt gegeben.
Witth: Nachm. 6, h. Feigeler. T.-D.: Abrechnung, Wahl eines Revisors, Kartellbericht, Verschickenes.
Montag, den 14. Oktober:
Halberstadt: Ab. 8 1/2, h. M. Vollmann.
Hildesheim: T.-D. wird bekannt gegeben.
Wöbau: Ab. 8, Heinrichs Restaurant. T.-D. wird bekannt gegeben.
Magdeburg: Ab. 8 1/2, T.-D.: Abrechnung, Gewerkschaftsangelegenheiten, Verschickenes.
Witth: Ab. 8 1/2, h. Naserland. T.-D.: Abrechnung, Verschickenes.
Dienstag, den 15. Oktober:
Menselwig: T.-D. wird bekannt gegeben.
Donnerstag, den 17. Oktober:
Fährtenwalde: Ab. 8, Gewerkschaftshaus Raundorf. T.-D.: Abrechnung. Stand der Lohnbewegung, Verschickenes.
Sonabend, den 19. Oktober:
Dessau: Ab. 8 1/2, Tivoli. T.-D.: Abrechnung, Wahl eines 2. und 3. Bev., Kartellbericht, Verschickenes.
Freiberg: Union.

Gestorben:

Am 1. Oktober zu Frankehausen a. R. Frau Theresie Hartleb, geb. Fauch, 55 Jahre alt.
Am 2. Oktober zu Freben Carl Prochsch aus Beth, 59 Jahre alt.
Am 2. Oktober zu Blotho Simon Steffens aus Blotho, 56 Jahre alt.
Am 3. Oktober zu Zorgan Max Raumann aus Belgeren, 24 Jahre alt.
Am (?) zu Wolfenbüttel August Mat aus Bogallen, 35 Jahre alt.
Am (?) zu Stendal Franz Büchler aus Burg i. B.
Chre ihrem Andenken!

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.
Eingegangen: Quedlinburg M. 100.—, Wittenberg 85.—, Eimsbüttel 150.—.
Sternbekasse: Ottenen M. 140.—, Eimsbüttel 160.—, Braunschweig 11.96, Delitzsch 80.—.
Zuschüsse: Bremen M. 100.—, Jaström 80.—, Delitzsch 60.—, Leipzig 100.—, Barmbeck 100.—.
Frankenlohe M. 20.—.
Hamburg, den 7. Oktober 1912. A. Otter

Zigarren-Fabrikanten

H

die leistungsfähig sein wollen,
kaufen ihren Bedarf an Roh-
Tabaken und allen Utensilien

F

— nur bei —

Heinrich Franck

Berlin N. 54, Brunnenstrasse 22

Besondere Vorteile die von Heinrich Franck geboten werden:

Nur feinste Qualitätstabake zu billigen Preisen, infolge des direkten Ein-
kaufs geschlossener Partien direkt in den Einschreibungen!

H

Stets ausserordentlich grosse Auswahl, besonders auch in hoch-
feinen modernen Sandblattdecken, die sämtlich am Markt bei
den Einschreibungen eingekauft sind. Selbst in den billigen
Preislagen immer Tabake mit modernen Farben und weissem
Brand! Sorgfältigste Ausführung auch des kleinsten Auf-
trages! Bereitwilligster Umtausch jeder nicht gefallenden
Ware! Regelmässiger Katalogversand mit immer neuesten
Offerten und den Marktverhältnissen entsprechenden Preisen!

F

Franko Bahnversand — Umsatzprovision — Rabatte für grössere Bezüge laut Katalog!
— Achten Sie auf meine Firma, da meine —
Inserate und Kataloge nachgeahmt werden!